

Staatsrechnung 2003

Sperrfrist bis 1. April 2004, 9.30 Uhr

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 23. März 2004, RRB Nr. 2004/641

Zuständiges Departement

Finanzdepartement

Vorberatende Kommission

Finanzkommission

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	3
1. Übersicht	5
1.1 Die wichtigsten Rahmenbedingungen für die Staatsrechnung 2003	5
1.2 Die Eckwerte der Staatsrechnung 2003	7
1.2.1 Vergleich Voranschlag 2003 zu Rechnung 2003	8
1.2.2 Vergleich Rechnung 2002 zu Rechnung 2003	10
1.2.3 Graphische Darstellung der Entwicklung der wichtigsten Finanzkennzahlen.....	13
1.3 Globalbudgets	14
1.4 Auswirkungen des Reform- und Sanierungsprojektes SO+	21
1.5 Kosten der Sanierung und Privatisierung der Solothurner Kantonalbank	23
1.5.1 Aufgelaufene Kosten (1994 – 2002) und Einnahmen im Jahr 2003	23
1.5.2 Verlauf und Abschluss des Verfahrens	24
2. Entwicklung der Besoldungskosten	25
3. Stand der Verpflichtungskredite	27
4. Entwicklung der kantonalen Finanzlage	28
5. Entwicklung in den einzelnen Departementen.....	29
5.1 Erfolgsrechnung	29
5.1.1 Behörden	29
5.1.2 Staatskanzlei.....	29
5.1.3 Bau- und Justizdepartement	30
5.1.4 Departement für Bildung und Kultur	31
5.1.5 Finanzdepartement.....	32
5.1.6 Departement des Innern.....	39
5.1.7 Volkswirtschaftsdepartement	42
5.1.8 Gerichte	42
5.2 Investitionsrechnung	42
5.2.1 Bau- und Justizdepartement	42
5.2.2 Departement für Bildung und Kultur	43
5.2.3 Finanzdepartement.....	43
5.2.4 Departement des Inneren	44
5.2.5 Volkswirtschaftsdepartement	44
6. Bilanz	44
6.1 Übersicht	44
6.2 Finanzierungsnachweis.....	45
6.3 Bürgschaften, Eventualverpflichtungen und Regressforderungen	45
6.3.1 Bürgschaften	45
6.3.2 Eventualverpflichtungen	46
6.3.3 Eventualguthaben	46
6.3.4 Übrige.....	47
7. Verfassungsmässigkeit	47
8. Antrag.....	47

Revisionsbericht zur Staatsrechnung	
2003.....	49
der kantonalen Finanzkontrolle	
9. Beschlussesentwurf.....	53

Kurzfassung

Die Rechnung 2003 schliesst mit einem operativen Überschuss (Bruttoertragsüberschuss minus ordentliche Abschreibungen) von 36,7 Mio. Franken und einem Gesamtdefizit von 97,6 Mio. Franken ab. Im Gesamtdefizit ist im Unterschied zum positiven operativen Ergebnis die „theoretische“ Abschreibung des Bilanzfehlbetrags enthalten. Der Bilanzfehlbetrag sinkt um 36,7 Mio. auf 634,6 Mio. Franken.

Die Nettoinvestitionen von 103 Mio. Franken (inkl. Bildung von Globalbudget-Reserven Investitionsrechnung in der Höhe von 21,7 Mio. Franken) können zu 124 % aus eigenen Mitteln finanziert werden. Der Finanzierungsüberschuss beträgt 24,7 Mio. Franken. Damit sinkt die Nettoverschuldung von 1'063,5 Mio. Franken per Ende 2002 auf 1'038,8 Mio. Franken per Ende 2003.

Das Ergebnis der Staatsrechnung 2003 ist deutlich besser ausgefallen als budgetiert:

- Die **Erfolgsrechnung 2003** schliesst mit einem **„operativen“ Überschuss von 36,7 Mio. Franken** ab (Vorjahr: operatives Defizit von 9,5 Mio. Franken). Bei einem budgetierten operativen Aufwandüberschuss von 15,8 Mio. Franken ergibt sich gegenüber dem Budget eine Verbesserung von 52,5 Mio. Franken.
- In der **Investitionsrechnung** liegen die Ausgaben um 9 Mio. Franken über und die Einnahmen um 9 Mio. Franken unter dem Budget. Die Nettoinvestitionen übersteigen damit das Budget um rund 18 Mio. Franken (Rechnung: 103 Mio. Franken, Voranschlag: 84,9 Mio. Franken). Diese Überschreitung ist vollumfänglich auf die erstmalige Bildung von Globalbudgetreserven in der Investitionsrechnung in der Höhe von 21,7 Mio. Franken zurückzuführen. Ohne diese Reservenbildung würden die Nettoinvestitionen den veranschlagten Wert um 3,7 Mio. Franken unterschreiten.
- Der **Selbstfinanzierungsgrad liegt mit 124%** deutlich über den entsprechenden Werte der Vorjahre. Ein Selbstfinanzierungsgrad von über 100% führt zu einer Abnahme der Nettoverschuldung. Per Ende 2003 sinkt die Nettoverschuldung um 24,7 Mio. Franken.

Dass das Ergebnis besser ausgefallen ist als budgetiert, ist in erster Linie auf die folgenden Umstände zurückzuführen:

- Insgesamt ist der Eingang an **Staatssteuern um 86,3 Mio. Franken höher ausgefallen** als budgetiert. Der grösste Teil der Mehreinnahmen stammt von den natürlichen Personen (+ 68,4 Mio. Franken). Dies wiederum ist eine Folge des im Vergleich zum Vorjahr höheren Veranlagungsstandes, des Übergangs zur Gegenwartsbesteuerung (Nachzahlungen betreffend das Steuerjahr 2002) sowie des höheren Ertrags aufgrund der vollen Besteuerung der AHV-Renten.
- Die **Globalbudget-Dienststellen (ohne Spitäler)** schlossen insgesamt rund 10 Mio. Franken besser ab als budgetiert (vgl. Voranschlag ohne Teuerungszulage, Rechnung ohne Teuerungszulage).

- Weiter hat die **generelle Ausgabendisziplin** der Verwaltung sowie die **günstigen Zinskonditionen** zu einer Unterschreitung des Budgets geführt (insgesamt: rund 14 Mio. Franken).
- Erwähnenswert ist auch der ausserordentliche Ertrag aus dem **aussergerichtlichen Vergleich mit den Revisionsgesellschaften der ehemaligen Solothurner Kantonalbank** (+ 8,5 Mio. Franken).

Dass die Rechnung angesichts der obigen Zahlen nicht noch besser abschloss, ist auf diverse Mehrbelastungen gegenüber dem Budget zurückzuführen. Zu erwähnen sind hier insbesondere die unter den Erwartungen liegenden Erträge aus Bundesanteilen (- 10,5 Mio. Franken), die Betriebsbeiträge an Spitäler (+ 7,5 Mio. Franken), die Mehrausgaben für Ergänzungsleistungen AHV/IV (+ 6,7 Mio. Franken) und nicht eingetroffene Erträge aus veräussertem Grundeigentum (- 6,3 Mio. Franken). Weiter mussten für die periodengerechte Abgrenzung 2001-2003 im Bereich der Subventionen der Volksschullehrkräfte Rückstellungen in der Höhe von 13,6 Mio. Franken gebildet werden. Als Rückstellungen für Globalbudgetreserven der Erfolgsrechnung wurden 5 Mio. Franken verbucht. Für ausserkantonale Spitalbehandlungen gemäss KVG wurden transitorische Passiven im Umfang von 11 Mio. Franken gebildet.

Alle Werte der zentralen Finanzkennzahlen konnten zudem auch gegenüber dem Vorjahr (Staatsrechnung 2002) verbessert werden:

Kennzahl	Rechnung 2002	Rechnung 2002
Cash Flow (in Mio. Fr.)	71,6	127,7
Operatives Ergebnis (in Mio. Fr.)	- 9,5	+ 36,7
Gesamtdefizit (in Mio. Fr.)	141,9	97,5
Selbstfinanzierungsgrad (in %)	100,4	124,0
Finanzierungsüberschuss (+), bzw. -fehlbetrag (-), in Mio. Fr.	+ 0,3	+ 24,7

Der Rechnungsabschluss 2003 ist der beste seit vielen Jahren. Dennoch ist Vorsicht geboten und die bisherige restriktive Finanzpolitik weiterzuverfolgen. Die wesentlich über dem Budget liegenden Steuererträge sind teilweise ausserordentlicher Natur: Der Übergang zur Gegenwartsbesteuerung bei den natürlichen Personen wirkte sich im Jahr 2003 stark aus, weil die definitive Veranlagung für das Jahr 2002 im Jahr 2003 erfolgte und die Vorbezüge im Jahr 2002 sich auf Einkommen früherer Jahre, meistens 1999, bezogen haben. Dieser Effekt wird sich in den kommenden Jahren abschwächen. Auf Bundesebene sind verschiedene Vorlagen in Vorbereitung, welche die kantonalen Haushalte empfindlich treffen können und zu Einnahmenausfällen von bis zu 80 oder mehr Millionen Franken führen können (Schätzung). Bezüglich der konjunkturellen Entwicklung herrscht grosse Unsicherheit. Trotz dem guten Ergebnis 2003 beläuft sich zudem der Bilanzfehlbetrag (Verlustvortrag) immer noch auf über 630 Mio. Franken.

Die Rechnung 2003 ist ein Schritt in die richtige Richtung, saniert ist der Finanzhaushalt des Kantons Solothurn aber damit noch nicht.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf zur Staatsrechnung 2003.

1. Übersicht

1.1 Die wichtigsten Rahmenbedingungen für die Staatsrechnung 2003

Formell richtet sich die Staatsrechnung 2003 nach der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Solothurn vom 21. Januar 1981 (Fassung gemäss Änderungen vom 5. Juli 1995 und vom 12. Dezember 2001).

Materiell waren vor allem die folgenden finanzpolitischen Vorgaben und Budgetbeschlüsse zu berücksichtigen:

- Es wurde eine **Staatssteuer von 100 %** und – wie bereits in den Jahren 2001 und 2002 – eine **Spitalsteuer von 10%** erhoben. Die erstmals mit dem Voranschlag 2001 budgetierte Erhöhung der Spitalsteuer von 8 auf 10% ist auf 5 Jahre befristet und wurde vom Kantonsrat am 6. September 2000 im Zusammenhang mit der Bewilligung der Schlussetappe der baulichen Sanierung der stationären Einrichtungen der Psychiatrischen Dienste des Kantons Solothurn (Erwachsenen- sowie Kinder- und Jugendpsychiatrie) beschlossen.
- Der **Ertrag der Spitalsteuer** von netto 62,8 Mio. Franken wurde wie bereits in den Staatsrechnungen 2001 und 2002 zu **60 % als Einlage in den Spitalaufonds** und zu **40% für die teilweise Deckung der Spitaldefizite** verwendet.
- Der **Allgemeine Treibstoffzollanteil** von 9,53 Mio. Franken (Vorjahr: 11,35 Mio. Franken) wurde hälftig der Erfolgsrechnung (Laufende Rechnung) und dem Strassenaufonds zugewiesen.
- Im Gegensatz zum Jahr 2001, als der **Ertrag aus der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA)** erstmals anfiel, wurde dieser Ertrag in den Jahren 2002 und 2003 nicht je zur Hälfte der allgemeinen Staatsrechnung und dem Strassenaufonds, sondern vollumfänglich dem Strassenaufonds zugewiesen (2003: 4,7 Mio. Franken; Vorjahr: 6,8 Mio. Franken).
- Im Jahr 2003 wurde wie bereits im Jahr 2001 und 2002 wieder eine Erhöhung der **Teuerungszulage** gewährt. Die Teuerungszulagen wurden für das Staatspersonal und die Lehrkräfte an den Volksschulen um 0,5 Indexpunkte (entspricht ca. 0,5 Lohnprozenten) erhöht und die Teuerung damit auf 105,6 Punkte nach dem Landesindex der Konsumentenpreise (Basis Mai 1993=100 Punkte) ausgeglichen.
- Die **Abschreibungen** sind mit 10 % auf dem Verwaltungsvermögen (29,8 Mio. Franken) und 100 % auf den Spezialfinanzierungen (61,1 Mio. Franken) in der Rechnung enthalten. Für die Abschreibung des Bilanzfehlbetrages sind 134,3 Mio. Franken eingesetzt (20 % des Bilanzfehlbetrages per 31.12.2001 gemäss revidierter Finanzhaushaltsverordnung).

- Mit dem Rechnungsabschluss wurden hauptsächlich folgende **Rückstellungen gebildet**:
 - Die Rückstellung für noch nicht geleistete **Subventionen an die Lehrkräfte der Volksschulen** (Empfänger: Einwohnergemeinden) wurde um **13,6 Mio. Franken** auf 32,6 Mio. Franken erhöht. Damit wurde das Ziel der periodengerechten Abgrenzung erreicht.
 - Für **Pensenüberhänge an den kantonalen Schulen** wurden Rückstellungen in der Höhe von **350'00 Franken** gebildet. Die Rückstellungen für Pensenüberhänge betragen Ende 2003 insgesamt 1,65 Mio. Franken.
 - Die **Rückstellungen für gefährdete Guthaben** wurden insgesamt um rund **6,5 Mio. Franken** erhöht. Die Rückstellungen für gefährdete Steuerguthaben machen dabei mit 6 Mio. Franken den grössten Teil aus.
 - Die Rückstellung für nicht beanspruchte **Globalbudgetkredite der Erfolgsrechnung** (Globalbudgetreserven ER) musste um **5 Mio. Franken** auf 13 Mio. Franken erhöht werden. Per Ende 2003 belaufen sich die Globalbudgetreserven der Erfolgsrechnung (ohne Spezialfinanzierungen) auf 22,1 Mio. Franken. Mit der nun vorhandenen Rückstellung von 13 Mio. Franken sind 54% der Reserven gedeckt (Ziel: > 50%).
 - Mit der Einführung von Globalbudgets in der Investitionsrechnung mussten im Jahr 2003 erstmals Rückstellungen für nicht **beanspruchte Globalbudgetkredite der Investitionsrechnung** gebildet werden. Die Rückstellungen belaufen sich insgesamt auf **21,7 Mio. Franken**.
- Im Jahr 2003 konnten/mussten folgende **Rückstellungen aufgelöst** werden:
 - Die per Ende 2002 noch bestehende Rückstellung für **Lohnnachzahlungen an Kindergärtnerinnen** von rund 1,9 Mio. Franken konnte per Ende 2003 aufgelöst werden. Die Bearbeitung der noch ausstehenden Lohnklagen von Kindergärtnerinnen konnten im Jahr 2003 abgeschlossen werden.
 - Bei **diversen Dienststellen** konnten allgemeine Rückstellungen in der Höhe von rund 1,3 Mio. Franken aufgelöst werden.
- **Per Saldo erhöhten sich die Rückstellungen** insgesamt von 68 Mio. Franken per 1.1.2002 auf 112,4 Mio. Franken per 31.12.2002 (**+ 44,4 Mio. Franken**).
- Im Verlaufe des Berichtsjahres mussten von der Finanzkommission zusätzliche Mittel im Betrag von total 45,8 Mio. Franken als **dringliche Nachtragskredite und Zusatzkredite** bewilligt werden, davon 21,5 Mio. Franken zulasten der Erfolgsrechnung und 24,3 Mio. Franken zulasten der Investitionsrechnung. Diese Kreditbewilligungen sind dem Kantonsrat serienweise (1. und 2. Serie) zur Genehmigung vorgelegt worden bzw. werden noch zusammen mit der Staatsrechnung (3. Serie) vorgelegt.

Als **ordentliche Nachtrags- und Zusatzkredite** hat der Kantonsrat zusätzliche Mittel im Betrag von total 59,2 Mio. Franken bewilligt, davon 52,6 Mio. Franken zulasten der Erfolgsrechnung und 6,6 Mio. Franken zulasten der Investitionsrechnung.

Selbstfinanzierungsgrad (Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)	100,4%	93%	124,0%
--	---------------	------------	---------------

1.2.1 Vergleich Voranschlag 2003 zu Rechnung 2003

Dass das Ergebnis besser als budgetiert ausgefallen ist, ist in erster Linie auf die folgenden Umstände zurückzuführen:

- Insgesamt ist der Eingang an Staatssteuern um 86,3 Mio. Franken höher ausgefallen als budgetiert.

Mit 68,4 Mio. Franken ist der höhere Steuereingang hauptsächlich auf die Steuern der natürlichen Personen zurückzuführen. Dies wiederum ist eine Folge des im Vergleich zum Vorjahr höheren Veranlagungsstandes, des Übergangs zur Gegenwartsbesteuerung, welcher sich auch im Jahr 2003 noch bemerkbar macht (Schlussabrechnungen Steuerjahr 2002) sowie des höheren Ertrags aufgrund der vollen Besteuerung der AHV-Renten.

Die Steuererträge der juristischen Personen übersteigen den Budgetwert um 10,3 Mio. Franken. In der Budgetphase im Jahr 2002 wurde die Entwicklung der Solothurner Wirtschaft wegen der sich abzeichnenden Ertragseinbussen beim Bund und anderen Kantonen zu pessimistisch eingeschätzt.

- Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BiK: Der aussergerichtliche Vergleich mit zwei Revisionsfirmen führte zu einem nicht budgetierten Ertrag in der Höhe von 8,5 Mio. Franken (Details: Vgl. Abschnitt 1.5).
- Die 28 Globalbudget-Dienststellen (ohne Spitäler) schlossen insgesamt um 9,8 Mio. Franken besser als budgetiert ab (vgl. Voranschlag ohne Teuerungszulage, Rechnung ohne Teuerungszulage).
- Ebenfalls liegen die Ausserkantonalen Schul- und Studiengebühren um 8,4 Mio. Franken unter dem Budget.
- Aufgrund der nach wie vor günstigen Zinskonditionen und des in der Rechnung 2002 ausgewiesenen Finanzierungsüberschusses anstelle des budgetierten Finanzierungsfehlbetrags liegt der Zinsaufwand um 3,6 Mio. Franken unter dem Budgetwert.
- Die budgetierte Bruttobesoldungssumme wurde um rund 1,4 Mio. Franken oder 0,5% unterschritten.

Neben diesen Verbesserungen gegenüber dem Budget gibt es aber auch einige **markante Verschlechterungen** zu verzeichnen:

- Die Erträge aus den Bundesanteilen liegen insgesamt um 10,5 Mio. Franken unter dem Budget.
- Für die Subventionen der Volksschullehrkräfte wurden 13,8 Mio. Franken mehr verbucht als budgetiert. Die Überschreitung ist hauptsächlich auf die Bildung von Rückstellungen in der Höhe von 13,6 Mio. Franken zwecks transitorischer Abgrenzung 2001-2003 zurückzuführen.

- Gegenüber dem Voranschlag 2003 ist bei den Spitalbehandlungen gemäss KVG ein Mehraufwand von 11,0 Mio. Franken zu verzeichnen. Dieser Mehraufwand ist auf eine transitorische Abgrenzung und erhöhte Kosten der ausserkantonalen Spitäler (Spitzenmedizin, höhere Lebenserwartung, Mengenausweitung) zurückzuführen.
- Aufgrund der guten Abschlüsse der Globalbudgetdienststellen konnten 5 Mio. Franken Rückstellungen (Globalbudgetreserven) gebildet werden. Für Steuerausstände musste eine Rückstellung in der Höhe von 11,0 Mio. Franken verbucht werden.
- Die Betriebsbeiträge an Spitäler liegen 7,5 Mio. Franken über dem Budget. Diese Budgetüberschreitung ist in erster Linie auf die Übergangskosten im Zusammenhang mit der Schliessung des Bezirksspitals Thierstein in Breitenbach zurückzuführen. Der Kantonsrat hat hierfür im Juni 2003 einen Nachtragskredit in der Höhe von 11,3 Mio. Franken gesprochen, beansprucht wurden 9,5 Mio. Franken davon.
- Auch im Jahr 2003 mussten mehr Ergänzungsleistungen AHV/IV ausbezahlt werden. Die Budgetüberschreitung beträgt 6,7 Mio. Franken.
- Budgetierte Erlöse aus veräussertem Grundeigentum in der Höhe von 6,3 Mio. Franken konnten nicht realisiert werden, weil keine passenden Käufer gefunden werden konnten.

Die **grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2003** (ohne durchlaufende Beiträge, Spezialfinanzierungen und Nachtragskredite) sind in der **nachfolgenden Zusammenstellung** aufgeführt:

<u>Erfolgsrechnung</u>	<u>Mio. Fr.</u>
Mehrertrag (Defizit senkende Abweichungen):	
- Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BiK	8,5
- Staatssteuer Natürlicher Personen (inkl. Vorjahre und Quellensteuer, Kapitalabfindungssteuer und übrige Sondersteuern)	68,4
- Staatssteuer Juristischer Personen (inkl. Vorjahre)	10,3
- Spitalsteuer (nur Anteil für teilweise Deckung der Spitaldefizite)	3,2
- Globalbudgets mit Ertragsüberschuss insgesamt (vgl. Voranschlag ohne Teuerungszulage / Rechnung ohne Teuerungszulage)	2,5
Minderertrag (Defizit erhöhende Abweichungen):	
- Erlös aus veräussertem Grundeigentum	6,3
- Bundesanteile (Kontengruppe 6416)	10,5
- Grundstückgewinnsteuer (netto)	1,2
- Handänderungssteuer	1,0
- Erbschaftssteuer	1,3
- Nachlasssteuer	1,2
Mehraufwand (Defizit erhöhende Abweichungen):	
- Subventionen an Volksschullehrerlöhne	13,8
- Rückstellung für nicht beanspruchte GB-Kredite Erfolgsrechnung	5,0
- Rückerstattungszinsen	1,3
- Rückstellung Steuerausstände	6,0

- Spitalbehandlungen gemäss KVG	11,0
- Betriebsbeiträge an Spitäler	7,5
- Ergänzungsleistungen AHV/IV (netto)	6,7

Minderaufwand (Defizit senkende Abweichungen):

- Ausserkant. Schul- und Studiengelder (Kontengruppe 6230)	8,4
- Nachzahlungen Lohnklagen Kindergärten	1,8
- Zinsendienst (Kontengruppe 6418)	3,6
- Abschreibungen Verwaltungsvermögen und Bilanzfehlbetrag	1,7
- Abschreibungen Finanzvermögen (ohne Rückstellung Steuerausstände)	3,6
- Globalbudgets mit Aufwandüberschuss (ohne Spitäler)	Mio. Fr.
(vgl. Voranschlag ohne Teuerungszulage / Rechnung ohne Teuerungszulage)	7,3
- Beiträge Ausserkant. Berufsbildungen im Gesundheitswesen	1,1
- Sozialversicherungen AHV/IV	1,3
- Taggelder Strafvollzug	1,1

Investitionsrechnung

Mehrausgaben (erhöhen die Nettoinvestitionen):

- Strassenbau (Kontengruppen 6035 und 6037)	3,5
- Rückstellung für eingegangene Verpflichtungen IR (GB-Reserven IR)	21,7

Minderausgaben (reduzieren die Nettoinvestitionen):

- Bildungs- und Allgemeine Bauten (Kontengruppen 6025 und 6027)	2,9
- Spitalbauten (Kontengruppe 6026)	1,6

Im Aufwand der Rechnung 2003 enthalten ist gemäss revidierter Finanzhaushaltsverordnung auch eine **Abschreibung von 134,3 Mio. Franken auf dem Bilanzfehlbetrag von 671,3 Mio. Franken per Ende 2002**. Diese aufgrund der gesetzlichen Bestimmung gemachte Abschreibung führt nur teilweise zu einem effektiven Abbau des Bilanzfehlbetrags. Da nach dieser Abschreibung ein Gesamtdefizit in der Höhe von 97,7 Mio. Franken resultiert, wächst der Bilanzfehlbetrag wieder um diesen Betrag an. **Netto nimmt der Bilanzfehlbetrag folglich um 36,6 Mio. Franken ab (134,3 Mio. Franken minus 97,7 Mio. Franken).**

Wird die Abschreibung auf dem Bilanzfehlbetrag nicht miteinbezogen, ergibt sich in der Erfolgsrechnung 2003 ein **“operativer” Ertragsüberschuss von 36,7 Mio. Franken**. Das “operative” Ergebnis ist damit **um 52,5 Mio. Franken besser als der entsprechende Budgetwert**.

In der **Investitionsrechnung** liegen die Ausgaben um 9,0 Mio. Franken über und die Einnahmen um 9,0 Mio. Franken unter dem Budget. **Die Nettoinvestitionen sind damit 18,0 Mio. Franken über dem Voranschlag**. Dabei ist zu berücksichtigen, dass für nicht beanspruchte Globalbudget-Kredite der WoV-Dienststellen 21,7 Mio. Franken Rückstellungen gebildet wurden. Ohne diese Rückstellungen hätte die Investitionsrechnung um 3,7 Mio. Franken besser abgeschlossen als budgetiert.

1.2.2 Vergleich Rechnung 2002 zu Rechnung 2003

Die Finanzierungskennzahlen 2003 sind deutlich besser als budgetiert und besser als im Vorjahr ausgefallen: Im Gesamtdefizit von 97,6 Mio. Franken (Budget: 151,4 Mio. Fr.; Vorjahr: 141,9 Mio. Fr.) sind Abschreibungen von insgesamt 225,2 Mio. Franken (Budget: 226,2 Mio. Fr.; Vorjahr 213,5 Mio. Fr.) berücksichtigt. Es resultiert ein Cash Flow von 127,7 Mio. Franken (Budget: 74,8 Mio. Fr.; Vorjahr: 71,6 Mio. Fr.), der die Nettoinvestitionen von 103,0 Mio. Franken (Budget: 84,9 Mio. Fr.; Vorjahr: 71,4 Mio. Fr.) um 24,7 Mio. Franken übertrifft (Finanzierungsüberschuss). Der Selbstfinanzierungsgrad (Verhältnis Cash Flow zu Nettoinvestitionen) erreicht 124 Prozent (Budget: 88%; Vorjahr: 100,4%). Dies bedeutet, dass im Umfang von 24,7 Mio. Franken Schulden zurückbezahlt werden konnten.

Wesentliche Mehrbelastungen gegenüber dem Vorjahr resultierten in den folgenden Bereichen:

- Die Subventionen an die Besoldungen der Volksschullehrkräfte haben gegenüber dem Vorjahr um 18,6 Mio. Franken. Zugenommen. Der grösste Teil der Abweichung ist auf die im Jahr 2003 gebildete Rückstellung in der Höhe von 13,6 Mio. Franken zurückzuführen.
- Ein weiterer wesentlicher Kostentreiber sind einmal mehr die **Betriebsbeiträge an die Spitäler**. Sie erhöhten sich im Berichtsjahr von 126,7 auf 138,4 Mio. Franken (**+11,7 Mio. Fr.**).
- Die ausserkantonalen Schul- und Studiengelder sind gegenüber dem Vorjahr aufgrund höherer Schüler- und Studentenzahlen um 7,9 Mio. Franken gestiegen. Ein Anstieg ist insbesondere in den Beiträgen an Berufsschulen und Fachhochschulen zu verzeichnen.
- Konnten im letzten Jahr Rückstellungen für nicht beanspruchte GB-Kredite der Erfolgsrechnung in der Höhe von 1,5 Mio. Franken aufgelöst werden, so wurde im Jahr 2005 eine Rückstellung von 5 Mio. Franken gebildet (Differenz: 6,5 Mio. Franken). Die Rückstellung für Steuerausstände fiel im Jahr 2003 ebenfalls höher aus (+ 6 Mio. Franken).

Wesentliche Entlastungen gegenüber dem Vorjahr resultierten in den folgenden Bereichen:

- Gegenüber dem Jahr 2002 konnte im Jahr 2003 ein **Steuermeertrag bei den Staatssteuern von netto rund 71 Mio. Franken** verbucht werden. Allein bei den natürlichen Personen stiegen die Erträge um 79,2 Mio. Franken an, bei den juristischen Personen sanken hingegen die Erträge um 13,9 Mio. Franken.
- Die Erträge aus **Bundesanteilen** nahmen gegenüber dem Vorjahr um **30 Mio. Franken** zu.
- Führte das Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BiK in der Rechnung 2002 noch zu einem Aufwand, konnte im Jahr 2003 ein Ertrag verzeichnet werden (Differenz: 9,5 Mio. Franken).
- Die Defizitbeiträge an Sonderschulen und Betriebsdefizite inner-/ausserkantonale Heime VKM sanken im Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr um 9,9 Mio. Franken.

Die **grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2002 und Rechnung 2003** (ohne durchlaufende Beiträge und Spezialfinanzierungen) sind in der nachfolgenden Zusammenstellung aufgeführt:

Erfolgsrechnung

Mio. Fr.

Mehrertrag (Defizit senkende Abweichungen):

- Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BiK	9,5
- Subventionierter Wohnungsbau, Rückerstattungen (netto)	1,8
- Bundesanteile (Kontengruppe 6416)	30,0
- Staatssteuer Natürlicher Personen (inkl. Vorjahre und Quellensteuer, Kapitalabfindungssteuer und übrige Sondersteuern)	79,2
- Spitalsteuer (nur Anteil für teilweise Deckung der Spitaldefizite)	3,6

Minderertrag (Defizit erhöhende Abweichungen):

- Erlös aus veräussertem Grundeigentum	7,9
- Staatssteuer Juristischer Personen (inkl. Vorjahre)	13,9
- Erbschaftssteuer	5,1

Mehraufwand (Defizit erhöhende Abweichungen):

- Ausserkant. Schul- und Studiengelder (Kontengruppe 6230)	7,9
- Subventionen an Volksschullehrerlöhne	18,6
- Abschreibung Bilanzfehlbetrag	1,9
- Rückstellung für nicht beanspruchte GB-Kredite ER	6,5
- Rückerstattungszinsen	1,5
- Rückstellung Steuerausstände	6,0

Mio Fr.

- Spitalbehandlungen gemäss KVG	2,5
- Betriebsbeiträge an Spitäler	11,7
- Prämienverbilligung Krankenversicherung (netto)	3,0
- Ergänzungsleistungen AHV/IV (netto)	2,0
- Sozialversicherungen AHV/IV	1,8

Minderaufwand (Defizit senkende Abweichungen):

- Defizitbeiträge an Sonderschulen	3,8
- Betriebsdefizite inner-/ausserkant. Heime VKM	6,1
- Zinsendienst (Kontengruppe 6418)	1,8
- Abschreibungen Verwaltungsvermögen	1,0
- Abschreibungen Finanzvermögen (ohne Rückstellung Steuerausstände)	1,9

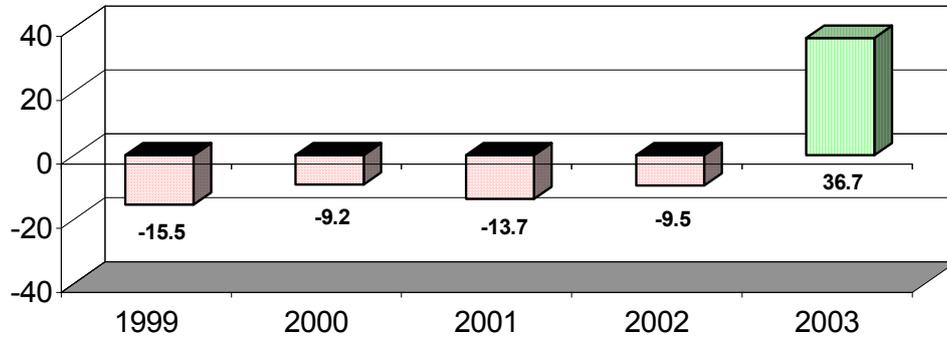
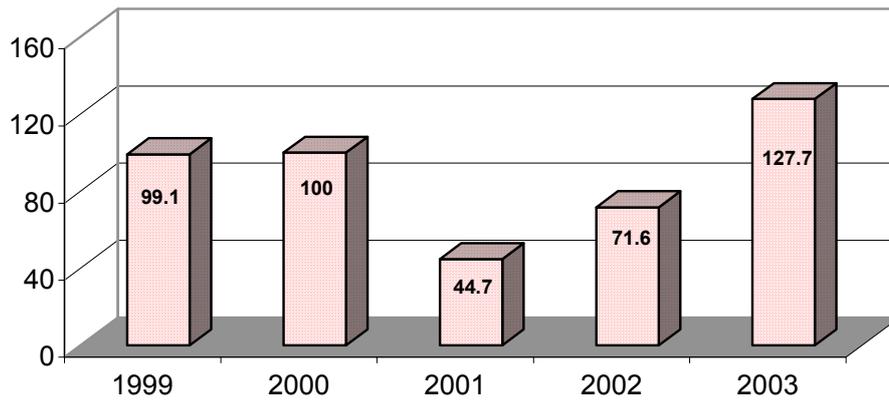
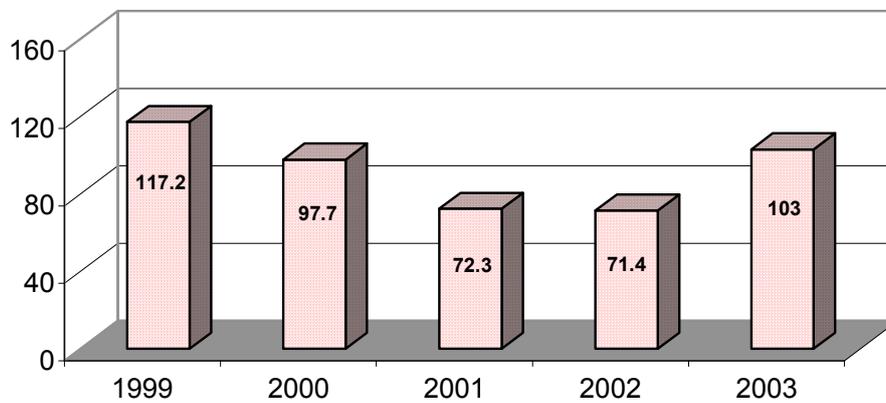
Investitionsrechnung**Mehrausgaben** (erhöhen die Nettoinvestitionen):

- Strassenbau (Kontengruppen 6035 und 6037)	3,4
- Spitalbauten (Kontengruppe 6026)	7,7
- Rückstellung für nicht beanspruchte GB-Kredite IR	21,7
- Behindertenheime	2,5
- Polizei	1,2

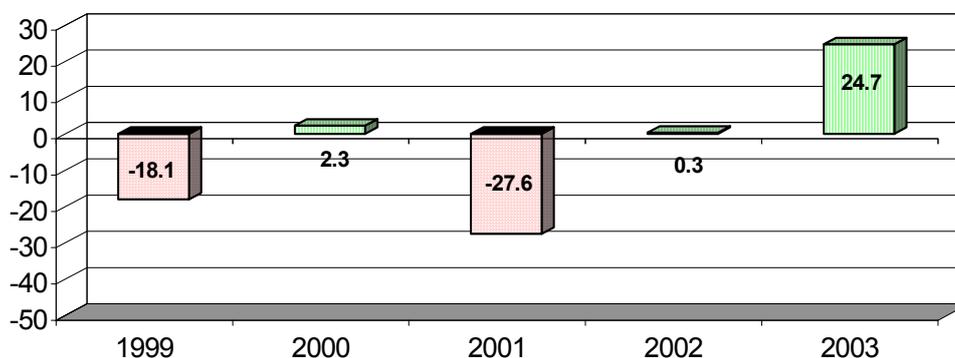
Minderausgaben (reduzieren die Nettoinvestitionen):

- Bildungs- und Allgemeine Bauten (Kontengruppen 6025 und 6027)	1,3
- Amt für Umwelt	3,6

1.2.3 Graphische Darstellung der Entwicklung der wichtigsten Finanzkennzahlen

Operatives Ergebnis 1999-2003 (Mio Fr.)**Cash-flow 1999-2003 (Mio Fr.)****Nettoinvestitionen 1999-2003 (Mio Fr.)**

Operative Finanzierungsergebnisse 1999-2003 (Mio Fr.)



1.3 Globalbudgets

In der Rechnung 2003 sind die folgenden Dienststellen, Abteilungen, Anstalten, Schulen und Spitäler mit **Leistungsauftrag und Globalbudgets** enthalten:

Staatskanzlei

- Drucksachenverwaltung/Lehrmittelverlag

Bau- und Justizdepartement:

- Amt für Raumplanung
- Hochbauamt
- Amt für Verkehr und Tiefbau
- Amt für Umwelt
- Amt für Denkmalpflege und Archäologie

Departement für Bildung und Kultur:

- Departementssekretariat DBK
- Amt für Berufsbildung und Berufsberatung
- Amt für Kultur und Sport
- Mittelschulen
- Pädagogische Fachhochschule
- Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn

Finanzdepartement:

- Amt für Finanzen
- Steueramt
- Amt für Informatik und Organisation
- Kantonale Finanzkontrolle
- Amtschreibereien

Departement des Innern:

- Gesundheitsamt
- Bildungszentrum für Gesundheitsberufe
- Spitäler
- Motorfahrzeugkontrolle
- Strafanstalt Solothurn
- Therapiezentrum 'Im Schache'
- Polizei

Volkswirtschaftsdepartement:

- Departementssekretariat VWD
- Amt für Wirtschaft und Arbeit
- Kantonsforstamt (inkl. Jagd- und Fischereiverwaltung)
- Amt für Landwirtschaft
- Zivilschutz

Für diese Dienststellen werden in der Staatsrechnung, wie bereits im Voranschlag, unter der entsprechenden Kontennummer nur noch die Globalbudgetbeträge ausgewiesen. Die Leistungsaufträge und die Produktgruppenrechnungen der einzelnen Globalbudgets sind in den Übersichten ersichtlich.

Bei der nachfolgenden Beurteilung des Rechnungsergebnisses ist Folgendes zu berücksichtigen: Aus technischen Gründen konnte die Teuerungszulage im Voranschlag nicht auf die einzelnen Dienststellen verteilt werden. Die Teuerungszulage (1,6 Mio. Fr.) wurde zentral im Finanzdepartement budgetiert. Bei den Rechnungszahlen der Dienststellen sind hingegen die teuerungsbedingten Personalaufwände enthalten. Die Differenz Voranschlag – Rechnung fällt deshalb zu Ungunsten der Dienststellen aus. Aus diesem Grunde haben wir dieses Ergebnis bereinigt um die effektiv angefallenen Teuerungskosten (vgl. Spalte „TZ“, Teuerungszulage). Diese Bereinigung führt dazu, dass das Ergebnis besser ausfällt gegenüber dem Vergleich Voranschlag – Rechnung.

A) Erfolgsrechnung:

Dienststellen mit Aufwandüberschuss (in 1'000 Fr.)	Voranschlag 2)	Rechnung	Differenz exkl. TZ	TZ	Differenz inkl. TZ
Drucksachenverwaltung/Lehrmittelverlag	2'972	2'888	- 84	3	- 87
Amt für Raumplanung	3'198	2'736	- 462	8	- 470
AVT – Strassenbau	22'859	21'743	- 1'116	66	- 1'182
AVT – öffentlicher Verkehr	15'869	15'272	- 597	1	- 598
Amt für Umwelt	3'588	3'170	- 418	29	- 447
Amt für Denkmalpflege und Archäologie	2'651	2'659	8	4	4
Departementssekretariat DBK	6'847	6'481	- 366	8	- 374
Amt für Berufsbildung + Berufsberatung	7'047	6'752	- 295	18	- 313
Amt für Kultur und Sport	4'370	4'267	- 103	15	- 118
Mittelschulen	50'349	53'190	2'841	174	2'667
Pädagogische Fachhochschule	11'348	10'585	- 763	19	- 782
Fachhochschule NWCH Solothurn 1)	14'840	14'840	0	0	0
Amt für Finanzen	2'752	1'700	- 1'052	11	- 1'063
Steueramt	21'729	20'361	- 1'368	82	- 1'450
Amt für Informatik und Organisation	9'447	9'444	- 3	22	- 25
Kantonale Finanzkontrolle	607	532	- 75	4	- 79
Gesundheitsamt	6'783	5'877	- 906	18	- 924

Bildungszentrum für Gesundheitsberufe	8'205	7'836	- 369	22	- 391
Spitalamt/Spitäler (inkl. NK 11.3 Mio. Fr.) 1)	142'300	138'451	- 3'849	0	- 3'849
Strafanstalt Solothurn	1'435	1'282	- 153	20	- 173
Therapiezentrum ‚im Schache‘	2'720	3'210	490	18	472
Polizei	31'109	30'777	- 332	191	- 523
Departementssekretariat VWD	1'435	1'247	- 188	4	- 192
Amt für Wirtschaft und Arbeit	6'747	5'293	- 1'454	11	- 1'465
Kantonsforstamt	3'749	3'556	- 192	8	- 200
Amt für Landwirtschaft	10'983	10'844	- 139	26	- 165
Zivilschutz	3'736	3'570	- 166	9	- 175
Total Aufwandüberschuss	399'674	388'563	- 11'111	791	- 11'902

Dienststellen mit Ertragsüberschuss (in 1'000 Fr.)	Voranschlag 2)	Rechnung	Differenz	TZ	Differenz Inkl. TZ
Hochbauamt	14'427	15'582	1'155	20	1'175
Amtschreibereien	3'117	4'787	1'670	77	1'747
Motorfahrzeugkontrolle	3'021	2'650	- 371	39	- 332
Total Ertragsüberschuss	20'565	23'019	2'454	136	2'590

- 1) Die Fachhochschule bildet Globalbudget-Rücklagen auf der Stufe der Schule. Die Rücklage wird ins Eigenkapital verbucht und ist in der Erfolgsrechnung und Bilanz der Schule ersichtlich (Angaben zum Globalbudget). In der Staatsrechnung wird nur der Staatsbeitrag ausgewiesen.
- 2) Die Teuerungszulage von 0,5 Indexpunkten ist nur in den Betriebsbeiträgen der Fachhochschule und der Spitäler mitberücksichtigt. Bei den übrigen Dienststellen ist die Teuerungszulage zentral budgetiert worden.

Insgesamt haben **25 der 30 WoV-Dienststellen** ein im Vergleich zum Voranschlag 2003 **besseres Ergebnis** erzielt, wie die nachfolgende Tabelle zeigt. Der Nettoaufwand aller Globalbudget-Dienststellen fällt mit einem Aufwandüberschuss von 388,6 Mio. Franken um **11,9 Mio. Franken (3,0%) besser** aus als budgetiert (Aufwandüberschussvorgabe gemäss Voranschlag plus Teuerungszulage TZ). Im Voranschlag ist der ordentliche Nachtragskredit für die Spitäler (11,3 Mio. Fr.) enthalten. Der Nettoertrag aller Globalbudget-Dienststellen fällt mit einem Ertragsüberschuss von 23,0 Mio. Franken um **2,6 Mio. Franken (12,7%) besser** aus als budgetiert (Ertragsüberschussvorgabe gemäss Voranschlag minus Teuerungszulage TZ). Alle schlechter als budgetiert abschliessenden Dienststellen haben bereits im Verlaufe des Jahres auf die ungefähre Grösse ihrer Budgetüberschreitung hingewiesen. Einzig die Mittelschulen gingen bei ihrer Jahresendprognose per 30.9.03 (RRB Nr. 2003/2041) noch von einer deutlich kleineren Budgetüberschreitung aus (Jahresausblick 0,9 Mio. Franken gegenüber dem effektiven Ergebnis von 2,7 Mio. Fr.).

B) Investitionsrechnung

Dienststellen mit Nettoinvestitionen (in 1'000 Fr.)	Voranschlag Inkl. NK 1)	Rechnung	Differenz
HBA – Bildungs- und Allgemeine Bauten	11'673	5'721	- 5'952
HBA – Spitalbauten	41'152	26'067	- 15'085
AVT – Strassenbauten	35'932	33'948	- 1'984
Amt für Landwirtschaft	2'700	2'315	- 385
Total Nettoinvestitionen	91'457	68'051	- 23'406

1) Kreditübertragungen aus dem Vorjahr bei den Bildungs- und Allgemeinen Bauten (Fr. 3'033'000.--) und bei den Spitalbauten (13'517'000.--) sowie ein dringlicher Nachtragskredit beim Strassenbau (Fr. 5'482'000.--)

Insgesamt haben **alle 3 WoV-Dienststellen** ein im Vergleich zum Voranschlag 2003 **besseres Ergebnis** erzielt, wie die nachfolgende Tabelle zeigt. Die Nettoinvestitionen aller Globalbudget-Dienststellen fällt mit 68,1 Mio. Franken um **23,4 Mio. Franken besser** aus als budgetiert (Nettoinvestitionen inkl. bewilligte Nachtragskredite von 22,0 Mio. Fr.).

Zu den Ergebnissen der einzelnen Dienststellen, Abteilungen, Anstalten und Schulen kann Folgendes berichtet werden:

Die **Drucksachenverwaltung/Lehrmittelverlag** schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 2'888'000 Franken ab, d.h. um 87'000 Franken besser als budgetiert. Das bessere Ergebnis ist auf die markant gestiegenen Lehrmittelverkäufe (26% über dem Budget) zurückzuführen.

Das **Amt für Raumplanung** schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 2'736'000 Franken ab, d.h. um 470'000 Franken besser als budgetiert. Das bessere Ergebnis ist auf geringere Ausgaben im Bereich Planung (Grundlagen und Nutzungsplanung) und höhere Erträge (Gebühren Ortsplanungen und Zunahme der Baugesuche) zurückzuführen.

Das **Hochbauamt** schliesst die Erfolgsrechnung 2003 mit einem Nettoertrag von 3'881'000 Franken ab, d.h. um 376'000 Franken besser als budgetiert. Die Investitionsrechnung schliesst im Bereich Bildungs- und Allgemeine Bauten mit Nettoinvestitionen von 5'721'000 Franke, im Bereich Spitalbauten mit 26'067'000 Franken ab. Unter Anrechnung der bewilligten Kreditübertragungen aus dem Vorjahr von 3,0 Mio. Franken bzw. 13,5 Mio. Franken weist die Rechnung gegenüber dem Budget Minderausgaben von 5,95 Mio. Franken bzw. 13,5 Mio. Franken aus. Die Verbesserung in der Erfolgsrechnung ist auf höhere Rückerstattungen bei den Heiz- und Nebenkosten, höhere Miet- und Pachtzinserträge sowie auf Verzögerungen im Baufortschritt bei Instandhaltungsarbeiten zurückzuführen. Die Minderausgaben in der Investitionsrechnung resultieren aus projektbedingten Verzögerungen bei einzelnen Massnahmen des planbaren Unterhaltes und insbesondere Verzögerungen bei verschiedenen Bauprojekten, wobei der gesamte Minderbedarf 2003 in den Jahren 2004 und 2005 benötigt wird.

Der Bereich **Strassenbau** des Amtes für Verkehr und Tiefbau schliesst die Erfolgsrechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 21'743'000 Franken ab, d.h. um 1'182'000 Franken besser als budgetiert. Die Investitionsrechnung schliesst mit Nettoinvestitionen von 33'948'315'000 Franken ab. Unter Berücksichtigung des bewilligten Nachtragskredites von 5,482 Mio. Franken wurden 2,0 Mio. Franken des Voranschlagskredites nicht beansprucht. Die Verbesserung in der Erfolgsrechnung ist im Bereich Kantonsstrassen auf den Mehrertrag aus Aufträgen der SBB für strassenseitige Baustellensignalisationen im Rahmen des Projektes Bahn 2000 sowie auf die gestiegenen Rückerstattungen von Dritten für verursachte Unfallschäden zurückzuführen. Im Bereich Nationalstrassen ergaben sich durch den verzögerten Übergang von der Bau- zur Unterhaltsphase bei der N5 Minderaufwendungen. Bei den Mehrausgaben im Investitionsbereich sind der vorgezogene Landerwerb Solothurn Entlastung West, die vorgezogenen Arbeiten Aarebrücke Obergösgen, die vorgezogenen Ausgaben für die Sanierung des Belchentunnels, der Ersatz von Leitseilen auf der A1 sowie die Mehraufwendungen bei den Abschlussarbeiten der N5 zu erwähnen. Ein entsprechender Nachtragskredit wurde mit RRB Nr. 2003/1945 vom 27.10.2003 bewilligt.

Der Bereich **öffentlicher Verkehr** des Amtes für Verkehr und Tiefbau schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 15'272'000 Franken um 598'000 Franken besser als budgetiert ab. Die Minderaufwändungen konnten im Rahmen der Offertverhandlungen durch tiefere Abgeltungen 2003 erzielt werden.

Das **Amt für Umwelt** schliesst die Rechnung 2003 gesamthaft mit einem Nettoaufwand von 3'170'000 Franken, d.h. um 447'000 Franken besser als budgetiert, ab. Das bessere Ergebnis ist hauptsächlich auf die höheren Gebühreneinnahmen für Wasserentnahmen, insbesondere des Kernkraftwerks Gösigen infolge des witterungsbedingten Mehrverbrauchs (warmes Wetter – höherer Kühlbedarf) zurückzuführen.

Das **Amt für Denkmalpflege und Archäologie** schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 2'659'000 Franken ab, d.h. um 4'000 Franken schlechter als budgetiert. Die Fertigstellung des Projektes IO-Solothurn (Sachdatenbank) führte aufgrund der Neuentwicklung der Anforderungen des Moduls Archäologie zu Mehrkosten, welche mit einem Bezug aus den vorhandenen Globalbudgetreserven von 608'000 Franken problemlos abgedeckt werden.

Das **Departementssekretariat des Departementes für Bildung und Kultur** schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 6'481'000 Franken ab, d.h. um 373'000 Franken besser als budgetiert. Aufgrund der Revision der Stipendienverordnung (Liegenschaftskosten und Beiträge an die Säule 3a werden zum steuerbaren Einkommen aufgerechnet) wurden weniger Ausbildungsbeiträge ausgerichtet.

Das **Amt für Berufsbildung und Berufsberatung** schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 6'752'000 Franken ab, d.h. um 313'000 Franken besser als budgetiert. Das bessere Ergebnis ist auf ausserordentliche Mehreinnahmen bei den Bundessubventionen zurückzuführen. Infolge der angespannten Schulabgängersituation wurde das Lehrstellenmarketing mit zusätzlichen Bundesgeldern unterstützt. Weiter konnte der Ertrag durch die erhöhte Nachfrage nach dem Grundagentest für Schulabgänger/innen und durch die Zunahme der RAV-Beratungen zusätzlich gesteigert werden.

Das **Amt für Kultur und Sport** schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 4'267'000 Franken ab, d.h. um 118'000 Franken besser als budgetiert. Dazu beigetragen haben die Finanzierung von kulturfördernden Anlässen und Projektförderungsaufwändungen zulasten des Lotteriefonds sowie höhere Erträge aus Verkäufen und Anlässen im Museum „Altes Zeughaus“ und Schloss Waldegg.

Die **Mittelschulen** schliessen die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 53'190'000 Franken ab, d.h. um 2'667'000 Franken schlechter als budgetiert. Die Budgetüberschreitung ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen: zu tief budgetierte Sozialversicherungskosten, Abbau von Pensenguthaben der Lehrkräfte, Stellvertretungskosten infolge Krankheiten und Mutterschaftsurlaube, Kosten infolge Umzug der Diplommittelschule und des Musischen Maturitätsprofils von der Sternengasse an den Herrenweg (Einrichtung von Büros und Unterrichtsräumen). Der Mehraufwand wird als zusätzlicher Verlustvortrag auf die laufende Globalbudgetperiode übertragen. Massnahmen zur Verbesserung der finanziellen Führung sind eingeleitet.

Die **Pädagogische Fachhochschule** schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 10'585'000 Franken ab, d.h. um 782'000 Franken besser als budgetiert. Das bessere Ergebnis ist auf Minderaufwändungen in der Produktgruppe ‚Ausbildung‘ zurückzuführen, wobei ein grosser Teil

dieser Mittel im Verlaufe des Jahres 2004 für den Aufbau der berufspraktischen Ausbildung und der Bildung für nachhaltige Entwicklung (Agenda 21), für Zusatzkosten im Bereich Marketing und im Bereich Forschung und Entwicklung sowie den Aufbau Nachdiplomkurs 1 und 2 verwendet werden muss.

Das Betriebsergebnis der **Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn** schliesst 2003 mit einem Nettoaufwand von 16'615'000 Franken ab, d.h. um 1'934'000 Franken schlechter als budgetiert. Das schlechtere Ergebnis ist auf den grösseren Studierendenbestand (FH 14% über Jahrsziel) sowie auf zusätzliche ausserordentliche Ausgaben (Konzentration der Fachhochschule in Olten, zusätzliche Räumlichkeiten im Sälipark Olten und damit verbundene Investitionen, Einführung Schuladministrations-system) zurückzuführen. Für das Jahr 2003 wurde der Staatsbeitrag auf 14,84 Mio. Franken plafoniert, weil das Eigenkapital per 31.12.02 mit 2,53 Mio. Franken über den betrieblichen Erfordernissen gelegen ist, was eine teilweise Auflösung rechtfertigt.

Das **Amt für Finanzen** schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 1'700'000 Franken ab, d.h. um 1'063'000 Franken besser als budgetiert. Das bessere Ergebnis ist auf markant höhere Erträge im Bereich der Verlustscheinbearbeitung (Mehrertrag von 0,5 Mio. Fr.) sowie bei den übrigen Erträgen (bspw. Erträge, welche durch Gerichtsverfahren dem Kanton zufließen) zurückzuführen. Weiter konnten aufgrund vermehrter Eigenleistungen Honorarkosten für externe Experten eingespart werden.

Das **Kantonale Steueramt** schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 20'361'000 Franken ab, d.h. um 1'450'000 Franken besser als budgetiert. Die seit 2002 erhobenen Mahngebühren im Bereich ‚Inkasso‘ sind viel höher als budgetiert ausgefallen.

Das **Amt für Informatik und Organisation** schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand (ohne interne Verrechnungen) von 9'444'000 Franken ab, d.h. um 25'000 Franken besser als budgetiert. Durch die Reduktion des Personalaufwandes im Systembetrieb und Kommunikationsbereich konnte wesentlich mehr Arbeitszeit für die Realisierung von Informatikprojekten aufgewendet werden.

Die **Kantonale Finanzkontrolle** schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 532'000 Franken ab, d.h. um 78'000 Franken besser als budgetiert. Durch die Mehrerträge infolge höherem Revisionsaufwand bei externen Revisionen und Spezialaufträgen konnte ein höherer Kostendeckungsgrad erreicht werden.

Die **Amtschreibereien (inkl. Betreibungs- und Konkursämter)** schliessen die Rechnung 2003 mit einem Nettoertrag von 4,8 Mio. Franken ab, d.h. um 1,75 Mio. Franken besser als budgetiert. Das bessere Ergebnis ist auf die zunehmende Geschäftslast und den damit verbundenen höheren Gebührenerträgen in den Bereichen ‚Grundbuch‘, ‚Güter- und Erbrecht‘ und ‚Betreibungen‘ zurückzuführen.

Das **Gesundheitsamt** schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 5'877'000 Franken ab, d.h. um 924'000 Franken besser als budgetiert. Die Gründe liegen insbesondere in der Vakanz der Stelle für Gesundheitsförderung und Prävention (Besetzung erst im 2004) und in den Mehrerträgen aufgrund der regen Nachfrage nach Berufsausübungsbewilligungen, nicht geplanten Fleischuntersuchungen für den kant. Veterinärdienst sowie mehr beanstandeten Lebensmittelbetrieben.

Das **Bildungszentrum für Gesundheitsberufe** schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 7'836'000 Franken ab, d.h. um 390'000 Franken besser als budgetiert. Das bessere Ergebnis ist insbesondere auf eine konsequente Kostenkontrolle zurückzuführen.

Die **Spitäler** schliessen die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 138,45 Mio. Franken ab. Der Rechnungsabschluss 2003 wurde insbesondere durch die folgenden zwei Ereignisse beeinflusst: Einerseits wurde der Akutbetrieb des Bezirksspitals Breitenbach auf den 30. Juni 2003 eingestellt und andererseits wurde die Geburtshilfe des Spitals Grenchen per 31. März 2003 aufgehoben und vom Bürgerspital Solothurn übernommen. Diese Veränderungen führten zu wesentlichen Abweichungen bei den Budgets und den Leistungsvorgaben. Der Kantonsrat hat mit Beschluss vom 18. Juni 2003 für die Schliessung des Spitals Breitenbach einen Nachtragskredit von 11,3 Mio. Franken bewilligt. Davon wurden rund 9,5 Mio. Franken beansprucht. Zusammen mit weiteren Einsparungen in den übrigen Spitälern wurde der für 2003 budgetierte Staatsbeitrag von 142,3 Mio. Franken (131 Mio. Franken zuzüglich Nachtragskredit von 11,3 Mio. Franken) aller Spitäler um 3,85 Mio. Franken unterschritten.

Die **Motorfahrzeugkontrolle** schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoertrag von 2'650'000 Franken ab. Das erzielte Nettoergebnis fällt um 337'000 Franken schlechter aus als das Budget und ist auf die Ablehnung der Gebührenerhöhung (Volksabstimmung vom 30. November 2003) zurückzuführen. Der fehlende (budgetierte) Gebührenertrag von 600'000 Franken konnte mit Mehrerträgen aus dem Umtausch der Führerausweise nur teilweise kompensiert werden. Der Minderertrag wird mit einem Bezug aus den vorhandenen Globalbudgetreserven von 1'432'000 Franken vollständig gedeckt.

Die **Strafanstalt Schöngrün** schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 1'282'000 Franken ab, d.h. um 172'000 Franken besser als budgetiert. Trotz tieferem Auslastungsgrad (86% anstelle der budgetierten 90%) konnte durch zusätzliche Erträge bei der heroingestützten Behandlung und bei den Dienstleistungen und dem Verkauf von Konsumgütern ein besseres Ergebnis erzielt werden.

Das **Therapiezentrum „Im Schache“** schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 3'210'000 Franken ab, d.h. um 473'000 Franken schlechter als budgetiert. Das schlechtere Ergebnis ist auf Ertragsausfälle bei den Kostgeldern aufgrund der Ende 2003 noch nicht abgeschlossenen Umbauarbeiten für den Vollzug von Massnahmen nach Art. 43 StGB mit der Auflage „hohe Sicherheit“ zurückzuführen. Allein die auf Oktober 2003 geplante, aber noch nicht realisierte Kapazitätssteigerung von 25 auf 30 Betten führte zu einem Ausfall bei den Kostgeldern von 250'000 Franken. Im Weiteren erlaubt es der psychische wie aber auch physische Zustand der Bewohner nicht mehr, Produkte und Dienstleistungen für Dritte extern zu marktüblichen Preisen herzustellen bzw. auszuführen (bspw. Aufgabe der Autobahnequipe, Ertragsausfall 140'000 Fr.). Der Mehraufwand kann nur teilweise mit einem Bezug aus den vorhandenen Globalbudgetreserven von 184'000 Franken abgedeckt werden, der Restbetrag von 289'000 Franken wird als Verlustvortrag auf die laufende Globalbudgetperiode übertragen.

Die **Polizei** schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 30'777'000 Franken ab. Das bessere Ergebnis von 523'000 Franken ist auf eine Konzentration auf das Wesentliche, eine konsequente Kostenkontrolle sowie auf den noch immer nicht erreichten Korpsbestand zurückzuführen. Ohne die beiden Einsätze WEF und G8-Gipfel, bei denen der Aufwand von rund 1 Mio. Franken mit 0,6 Mio. Franken nur teilweise vergütet wurde, wäre das Ergebnis noch besser ausgefallen.

Das **Departementssekretariat des Volkswirtschaftsdepartementes** schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 1'247'000 Franken ab, d.h. um 192'000 Franken besser als budgetiert. Die Gründe liegen insbesondere darin, dass der EDV-Aufwand kleiner als erwartet ausgefallen ist und dass sich die Wiederbesetzung einer Stelle verzögerte. Im Weiteren wurde nur zurückhaltend an grenzüberschreitenden Projekten partizipiert.

Das **Amt für Wirtschaft und Arbeit** schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 5'293'000 Franken ab, d.h. um 1'465'000 Franken besser als budgetiert. Aufgrund der geringeren Investitionsbereitschaft konnten im Bereich ‚Wirtschaftsförderung‘ weniger Projekte gefördert werden und der Rückgang der Zuweisungen ins Qualifizierungsprogramm Solopro im Bereich ‚Aktive arbeitsmarktliche Massnahmen‘ führte ebenfalls zu entsprechenden Minderaufwändungen.

Das **Kantonsfortsamt inkl. Jagd- und Fischerei** schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 3'747'000 Franken ab, d.h. um 200'000 Franken besser als budgetiert. Reduzierte Beitragskontingente des Bundes für Waldpflegemassnahmen und weniger ausgeführte Massnahmen als vorgesehen bei den Projekten Waldwiederherstellung und Wegsanierung „Lothar“ führten zu diesem besseren Ergebnis.

Das **Amt für Landwirtschaft** schliesst die Erfolgsrechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 10'844'000 Franken ab, d.h. um 165'000 Franken besser als budgetiert. Die Investitionsrechnung schliesst mit Nettoinvestitionen von 2'315'000 Franken ab, d.h. um 385'000 Franken besser als budgetiert. Die Verbesserung in der Investitionsrechnung ist auf verzögerte Projektfortschritte im Bereich ‚Strukturverbesserungen‘ zurückzuführen

Die Abteilung **Zivilschutz** schliesst die Rechnung 2003 mit einem Nettoaufwand von 3'570'000 Franken ab, d.h. um 174'000 Franken besser als budgetiert. Infolge der grossen Umstrukturierung (Übergang „Zivilschutz 95“ zum „Zivilschutz XXI“) wurden mehrere von den Gemeinden angemeldete Dienstanlässe hinsichtlich Zivilschutz XXI nicht durchgeführt.

In der separaten Vorlage „Globalbudgets 1996 bis 1998; Allgemeine Rahmenbedingungen und gemeinsames Vorgehen bei der Erprobung der Führung mit dem Instrument ‚Globalbudget‘ in verschiedenen Amtsstellen, Schulen und Anstalten in den Jahren 1996 – 1998“ (KRB Nr. 175/95 vom 15. Dezember 1995) sind die Regeln für die Übertragung nicht ausgeschöpfter Kredite bzw. von Fehlbeträgen am Ende eines Rechnungsjahres bzw. nach Abschluss der Globalbudgetperiode festgelegt.

Die Übertragung nicht ausgeschöpfter Voranschlagskredite während der Globalbudgetperiode ist abhängig von der Erfüllung des Leistungsauftrages und geschieht in Form von Reservenzuweisungen. Mit den allfällig vorhandenen Reserven (oder dem Verlustvortrag) des Vorjahres ergeben sich die neuen Reserven (oder der neue Verlustvortrag) für das kommende Jahr. Die Reservenzuweisung wird mit der Genehmigung der Jahresberichte bewilligt und dem Kantonsrat zur Kenntnis vorgelegt.

Fehlbeträge hingegen sind mit einem Bezug aus den Reserven zu kompensieren oder auf die neue Rechnung vorzutragen und innerhalb der Globalbudgetperiode auszugleichen. Ein aufgrund einer Überschreitung des budgetierten Aufwandüberschusses notwendiger Reservenbezug wird im Rahmen der Nachtragskredite III. Serie (Sammelnachtrag) vom Kantonsrat zur Kenntnis genommen. Reichen die Reserven zur Deckung der Überschreitung des budgetierten Aufwandüberschusses nicht aus, be-

willigt der Kantonsrat im Rahmen der Nachtragskredite III. Serie (Sammelnachtrag) einen Nachtragskredit.

Am Ende der Globalbudgetperiode fällt die Hälfte der kumulierten Reserven an die Staatskasse; die andere Hälfte wird der Dienststelle als neue Reserve in die neue Globalbudgetperiode übertragen. Der Stand der Globalbudgetreserven bei den einzelnen Dienststellen ist im Anhang unter „6. Globalbudget“ ersichtlich.

1.4 Auswirkungen des Reform- und Sanierungsprojektes SO+

Im Jahr 2000 hat sich der Regierungsrat für eine umfassende Reformstrategie (**Projekt SO+**) entschieden, die dem Kanton in mehrfacher Hinsicht eine positive Perspektive eröffnen soll. Die Strukturen in der kantonalen Verwaltung, in den Schulen und bei den Gerichten sollen so angepasst werden, dass die wichtigen Aufgaben mit den zur Verfügung stehenden Mitteln erfüllt werden können. Ein Expertenteam legte im Mai 2000 einen Bericht mit 62 Massnahmen vor. Diese Massnahmen wurden im Juni 2000 am „Runden Tisch“ von Vertretern der Parteien und anderer interessierter Organisationen eingehend diskutiert. Die Regierung unterbreitete dem Kantonsrat im August 2000 ein Reformpaket mit 60 Massnahmen und einem Verbesserungspotenzial von 147,5 Mio. Franken. Der Kantonsrat hat in seiner Sondersession im September 2000 10 der vorgelegten 60 Massnahmen abgelehnt. Die verbleibenden 50 Massnahmen vereinigen noch **ein Sanierungspotenzial von brutto 95,8 Mio. Franken** auf sich. Für die im Zusammenhang mit SO+ anfallenden Expertenonorare und zusätzliche personelle Ressourcen hat der Kantonsrat einen Verpflichtungskredit „Restrukturierungsaufwand SO+“ in der Höhe von 4,7 Mio. Franken gesprochen.

Im Jahr 2003 ist der **Restrukturierungsaufwand** um rund 500'000 Franken (2003: 0,3 Mio. Fr.) tiefer ausgefallen als zum Zeitpunkt der Verabschiedung des SO+-Pakets durch den Kantonsrat angenommen. Insgesamt wurden im Jahr 2003 für 412'000 Franken Expertenonorare ausbezahlt. Budgetiert war ein Restrukturierungsaufwand von insgesamt rund 950'000 Franken. Dass die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausgeschöpft werden mussten, ist teilweise auf Projektverzögerungen, grösstenteils aber auf nicht ausgeschöpfte Kosten für personelle Ressourcen zurückzuführen.

Leicht unter den Erwartungen liegt das im Jahr 2003 erreichte **Sanierungspotenzial**. Die von den Departementen gelieferten Angaben weisen im Jahr 2003 realisierte Einsparungen bzw. verhinderte zusätzliche Ausgaben von total 56,9 Mio. Franken aus. Erwartet wurden Einsparungen in der Höhe von 61,9 Mio. Franken. Die Einsparungen bzw. die verhinderten zusätzlichen Ausgaben verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Massnahmen:

Einsparungen 2003:

Massn.- Nummer	Kurztext	Erwartetes Einsparpoten- zial (in Mio. Fr.)	Von Departe- menten gemel- dete Einsparun- gen (in Mio. Fr.)	Differenz (in Mio. Fr.)
2	Marktorientierte Gebrauchsmiete	4.00	0.00	- 4.00
4	Bereinigung des Immobilienbestandes	Offen	0.40	+ 0.40
5	Projektierungsstopp für Bauvorhaben	*10.00	*23.40	+ *13.40
6	Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer	5.00	4.00	- 1.00
8	Verursachergerechte Verwaltungstätigkeit Um- weltschutz/Wasserwirtschaft	1.00	1.50	+ 0.50
13	Leistungsauftrag GB Mittelschulen	2.70	2.60	- 0.10
14	Autonome Gestaltung Pädagogische Fach- hochschule	0.90	0.90	0.00
15	Anpassungen des Vertrages Gymnasium Laufen	0.50	0.80	+ 0.30
16	Einführung Managementzentren BS	1.30	1.30	0.00
17	Gemischtwirtschaftliche AG Erwachsenen- bildung	0.50	0.20	- 0.30
18	Privatisierung Uhrmacherschule u. Internat	0.90	0.90	0.00
19	Konzentration Schule für Mode und Textiles Gestalten	0.40	0.30	- 0.10
21	Änderung Finanzierungsmechanismus Sonderschulen	0.20	0.00	- 0.20
22	Kompetenzzentrum Kultur auf Waldegg	0.30	0.00	- 0.30
23	Effizienzsteigerung der Abteilung Sport	0.20	0.20	0.00
24	Reduktion Archäologie u. Denkmalpflege	0.40	0.30	- 0.10
25	Anpassung Vereinbarung Schweiz. Musikau- tomatenmuseum	0.20	0.20	0.00
26	Regionalisierung Museum Altes Zeughaus und Zentralbibliothek	0.30	0.10	- 0.20
27	Flächendeckende Einführung von Globalbud- gets und Verstärkung der Wirkungsorientie- rung mit Konzentration auf wesentliche Leis- tungen	1.00	2.00	+ 1.00
33	Sistierung Mitfinanzierung Kanton bei der Erhöhung des Deckungsgrades der Pensi- onsskasse	8.00	6.70	- 1.30
34	Neue Finanzierung der Teuerungszulagen auf den Renten	5.80	5.80	0.00
36	Neufestlegung der Katasterwerte	8.50	0.00	- 8.50
42	Regionalisierung der Spitalversorgung	4.10	0.00	- 4.10
45	Neues Entschädigungssystem für Chef- und	1.00	0.00	- 1.00

	Leitende Aerzte			
46	Optimierung der Verträge für ausserkantonale Hospitalisationen	Offen	0.10	+ 0.10
50	Schlankere Wirtschaftsförderung	0.30	0.30	0.00
51	Redimensionierung arbeitsmarktliche Massnahmen	1.00	2.30	+ 1.30

1995	123'000 Fr.	Kosten PUK
	317'300 Fr.	Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BiK (Prozesskosten)
	213'700 Fr.	Folgekosten Privatisierung SKB (Expertisen, Honorare a.o.VR)
1996	311'400 Fr.	Sonderbeauftragter / Disziplinarkommission
	282'000 Fr.	Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BiK (Prozesskosten)
	3'500'000 Fr.	Folgekosten Privatisierung SKB (San. Pensionskasse SKB)
1997	285'200 Fr.	Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BiK (Prozesskosten)
1998	436'200 Fr.	Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BiK (Prozesskosten)
1999	285'300 Fr.	Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BiK (Prozesskosten)
2000	201'400 Fr.	Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BiK (Prozesskosten)
2001	143'800 Fr.	Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BiK (Prozesskosten)
2002	1'041'200 Fr.	Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BiK (davon 916'000 Fr. für die Hinterlegung der erstinstanzlich aufgelaufenen Kosten und Gebühren des Zivilgerichts Basels, damit das Appellationsgericht Basel die Ap- pellation der UBS und des Kantons Solothurn gegen das erstinstanz- liche Urteil entgegennimmt)
2003	- 8'500'000 Fr.	Ertrag aus aussergerichtlichem Vergleich mit Arthur Andersen AG und Coopers & Lybrand Bankenrevisionen AG
Total	362'055'300.- Fr.	netto, zulasten Staatsrechnungen 1994-2003

Ohne Berücksichtigung der ab 1990 bzw. 1991 ausgefallenen Anteile am Reingewinn und Zinsen auf dem Dotationskapital sowie ohne Zinseszinsrechnung belaufen sich die in den Staatsrechnungen 1994 bis 2003 abgerechneten Netto-Aufwendungen des Kantons im Zusammenhang mit der Sanierung und Privatisierung der Solothurner Kantonalbank **per Ende 2003 auf total rund 362,1 Mio. Franken.**

1.5.2 Verlauf und Abschluss des Verfahrens

2001:

Im November 2001 hat das Zivilgericht Basel als Erstinstanz die Klage des Kantons Solothurn (vertreten durch UBS AG) im Verantwortlichkeitsverfahren abgewiesen.

2002:

Im Januar 2002 haben die verhandlungsführende UBS AG und das Büro des Kantonsrates beschlossen, gegen das Urteil zu appellieren. Voraussetzung dafür, dass das Appellationsgericht Basel die Appellation überhaupt entgegen nahm, war, dass die erstinstanzlich aufgelaufenen Kosten und Gebühren von total 1'832'101 Franken auf der Zivilgerichtskasse hinterlegt wurden. Von diesem Be-

trag hatte der Kanton Solothurn gemäss Vertrag mit der UBS AG (vormals: Schweizerischer Bankverein) die Hälfte (916'000 Franken) zu übernehmen.

2003:

Am 17. Februar 2003 haben sich die Arthur Andersen AG und Coopers & Lybrand Bankenrevisoren AG in einem aussergerichtlichen Vergleich bereit erklärt, insgesamt 18 Mio. Franken zu bezahlen. In der Folge wurden die Verfahren gegen die Arthur Andersen AG in Zürich und die Coopers & Lybrand AG in Basel rechtskräftig eingestellt. 8,5 Mio. Franken wurden dem Kanton Solothurn im Rechnungsjahr 2003 überwiesen. Die restliche Zahlung erfolgt im Jahr 2004, nach Vorliegen der Gesamtabrechnung.

Von verschiedenen Exponenten der ehemaligen Solothurner Kantonalbank wurden Verjährungsverzichtserklärungen eingeholt. Per Ende 2003 ist auch ein aussergerichtlicher Vergleich zwischen dem Kanton Solothurn und sieben Organen der ehemaligen Solothurner Kantonalbank (SKB) zustande gekommen. Demnach erhält der Kanton insgesamt 2,5 Mio. Franken und verzichtet im Gegenzug auf weitere Schritte gegen die betreffenden Personen. Der Betrag wird der Rechnung 2004 gutgeschrieben.

Damit sind die Verfahren im Zusammenhang mit der Sanierung und Privatisierung der Solothurner Kantonalbank per Ende 2003 abgeschlossen. Die Restzahlungen der beiden Revisionsgesellschaften und die Zahlungen aus dem Vergleich mit sieben Organen der Solothurner Kantonalbank werden die Rechnung 2004 noch positiv beeinflussen.

2. Entwicklung der Besoldungskosten

Für 2003 wurde die Teuerungszulage um 0,5 Indexpunkte (entsprechend ca. 0,5 Lohnprozenten) erhöht und die Teuerung auf 105,6 Indexpunkte gemäss dem Landesindex der Konsumentenpreise, Basis Mai 1993=100 Punkte, ausgeglichen. Aus technischen Gründen wurden die teuerungsbedingten Mehrkosten, soweit sie sich in höheren Besoldungskosten und nicht in Beitragserhöhungen niederschlagen, zentral im Finanzdepartement budgetiert. In der Rechnung fallen diese Kosten aber dezentral bei den Dienststellen (Konti 300/301→ Besoldungen, Konto 303→ Sozialversicherungsbeiträge, Konto 304→ Personalversicherungsbeiträge) an. Die im Voranschlag bei den Dienststellen ausgewiesenen Besoldungskosten sind deshalb nicht direkt vergleichbar mit den Rechnungszahlen. Aus diesem Grunde weisen wir nachfolgend auch die Zahlen der Rechnung ohne teuerungsbedingte Mehrkosten (Spalte C) aus und vergleichen diese Werte mit den Voranschlagszahlen, bei denen die Teuerung auch nicht enthalten ist.

Die nachfolgenden Zahlen beziehen sich auf die Besoldungskosten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung, der kantonalen Schulen (ausser Fachhochschule) und Anstalten sowie der Gerichte. Die Besoldungen der Spitalangestellten und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachhochschule sind in den Spitalbudgets bzw. dem Budget der Fachhochschule enthalten.

Bruttobesoldungen 2003 je Departement

Departement	A Rechnung 2003 (inkl.)	B Kosten Teue- rung	C Rechnung 2003 (exkl.)	D Voranschlag 2003	E Differenz (C-D)

	Teuerung)		Teuerung)		
Behörden					
Bruttobesoldung	2'168'323	10'266	2'158'057	2'343'600	-185'543
Abweichung in %					-7,9%
Staatskanzlei					
Bruttobesoldung	2'480'380	11'744	2'468'636	2'476'300	-7'664
Abweichung in %					-0,3%
Bau- und Justiz					
Bruttobesoldung	34'967'218	165'565	34'801'653	36'267'800	-1'466'147
Abweichung in %					-4,0%
Bildung und Kultur					
Bruttobesoldung	85'934'231	406'885	85'527'346	84'558'600	968'746
davon: <i>Lehrkräfte</i>	<i>66'869'847</i>			<i>65'787'200</i>	1,1%
davon: <i>Verwaltung</i>	<i>19'064'384</i>			<i>18'771'400</i>	
Abweichung in %					
Finanz					
Bruttobesoldung	42'375'943	200'643	42'175'300	42'782'400	-607'100
Abweichung in %					-1,4%

Departement	A Rechnung 2003 (inkl. Teuerung)	B Kosten Teue- rung	C Rechnung 2003 (exkl. Teuerung)	D Voranschlag 2003	E Differenz (C-D)
Inneres					
Bruttobesoldung	73'272'831	346'935	72'925'896	74'671'700	-1'745'504
davon: <i>Kantonspolizei</i>	36'893'153			36'469'500	-2,3%
davon: <i>Verwaltung</i>	36'379'678			38'202'200	
Abweichung in %					
Volkswirtschaft					
Bruttobesoldung	24'739'106	117'136	24'621'970	22'825'600	1'796'370 ¹⁾
Abweichung in %					7,9%
Gerichte					
Bruttobesoldung	11'157'820	52'830	11'104'990	11'201'700	-96'710
davon: <i>Richter</i>	4'129'000			4'225'600	-0,9%
davon <i>Verwaltung</i>	7'028'820			6'976'100	
Abweichung in %					
Total					
Bruttobesoldung	277'095'582	1'312'004	275'783'848	277'172'700	-1'388'852
Abweichung in %					-0,5%

¹⁾ Wird vom Bund zurückbezahlt (RAV)

Die obige Tabelle zeigt, dass bei den Bruttobesoldungen budgetierte Stellen im Umfang von rund 1,4 Mio. Franken nicht besetzt worden sind. Die Abweichung gegenüber dem Budget beträgt -0,5%.

Die Abweichung verteilt sich auf die verschiedenen Departemente und ist weitgehend auf normale Fluktuation und gewisse Anpassungen von Personalkapazitäten zurückzuführen.

Vergleich der Besoldungskosten Rechnung 2003 / Rechnung 2002

Departement	Rechnung 2002	Rechnung 2003	Differenz in Fr.	Differenz in %
Behörden	2'212'979	2'168'323	- 44'656	- 2,0
Staatskanzlei	2'500'029	2'480'380	- 19'649	- 0,8
Bau und Justiz	33'417'631	34'967'218	+ 1'549'587	+ 4,6
Bildung und Kultur				
- Lehrkräfte	67'010'429	66'869'847	- 140'582	- 0,2
- Verwaltungspersonal	19'159'940	19'064'384	- 95'556	- 0,5
Finanz	41'165'019	42'375'943	+ 1'210'924	+ 2,9
Inneres				
- Kantonspolizei	35'777'861	36'893'153	+ 1'115'292	+ 3,1
- Verwaltungspersonal	37'199'978	36'379'678	- 820'300	- 2,2
Volkswirtschaft	21'809'288	24'739'106	+ 2'929'818	+ 13,4
Gerichte				
- Richter	4'004'666	4'129'000	+ 124'334	+ 3,1
- Verwaltungspersonal	6'942'294	7'028'820	+ 86'526	+ 1,2
Total Bruttobesoldungen	271'200'114	277'095'852	+ 5'895'738	+ 2,1

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Besoldungsaufwand um insgesamt 5,9 Mio. Franken oder 2,1 %. Ein Teil dieser Zunahme ist auf die Erhöhung der Teuerungszulage um 0,5 Indexpunkte (1,3 Mio.Fr.) zurückzuführen. Im Bau- und Justizdepartement sowie im Finanzdepartement führt eine geringe Personalzunahme in verschiedenen Dienststellen zu Mehraufwendungen. Bei der Polizei löst die Korpserrhöhung Mehrkosten aus und im Bereich des Volkswirtschaftsdepartementes führt die Zunahme der Arbeitslosigkeit zu einer entsprechenden Personalaufstockung, die sich in Mehrauslagen niederschlägt.

3. Stand der Verpflichtungskredite

2003 wurden verschiedene neue Verpflichtungskredite beschlossen: 14,3 Mio. Franken für die Sanierung und den Umbau des Lehrerseminars zur Pädagogischen Fachhochschule, 6,1 Mio. Franken für den Ersatz und die Einrichtung von neuen Telefon- bzw. Cordless-Anlagen in den solothurnischen Spitälern, 1,6 Mio. Franken für die prov. Umnutzung und Sanierung des Zeughauses Solothurn, 7,3 Mio. Franken für die Umwandlung des Spital Breitenbach in ein Kompetenzzentrum für das Alter sowie 0,3 Mio. Franken für die Rotlichtüberwachung in den Städten Grenchen, Solothurn und Olten.

Per Ende Jahr konnten früher beschlossene Verpflichtungskredite in der Höhe von 33,1 Mio. Franken abgerechnet werden.

Der Bestand an noch nicht abgerechneten Verpflichtungskrediten beträgt per Ende 2003 total 896,0 Mio. Franken, wovon 397,0 Mio. Franken noch nicht ausgeschöpft sind. Die noch nicht ausgeschöpften Restkredite werden die Staatskasse gemäss heutiger Planung noch während ca. 6 Jahren belasten.

Departement	Kreditbeträge aufgrund von Volks- oder Kantonsratsbeschlüssen bis 31.12.2003	Noch offene, nicht ausgeschöpfte Restkredite am 31.12.2003
Bau und Justiz	858'519'136	380'478'134
Finanz	14'100'000	4'188'279
Inneres	18'071'617	11'256'231
Volkswirtschaft	5'268'000	1'059'280
Total	895'958'753	396'981'924

Angaben zu den einzelnen Verpflichtungskrediten, deren Rechtsgrundlage und Beanspruchung per Ende 2003 befinden sich im Abschnitt 'Übersichten'.

4. Entwicklung der kantonalen Finanzlage

Die nachfolgenden Kennzahlen zeigen die Entwicklung der kantonalen Finanzlage anhand der Staatsrechnungen 1998 bis 2003.

Kennzahlen (in Mio. Fr. bzw. %)	1998	1999 inkl. Atel- Aktien- verkauf	2000	2001	2002	2003
Cash-flow	46,5	99,1	100,0	44,7	71,63	127,66
Abschreibungen *	111,4	114,6	109,2	80,9	81,11	90,95
Aktienaufwertung				22,5		
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	- 64,9	- 15,5	- 9,2	- 13,7	-9,48	36,71
Abschreibung Bilanzfehlbetrag	111,7	124,7	127,8	129,6	132,37	134,26
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	- 176,6	- 140,2	- 137,0	- 143,3	-141,85	- 97,55
Netto-Investitionen	136,7	117,2	97,7	72,3	71,36	102,96
Operatives Finanzierungsergebnis	- 90,2	- 18,1	+ 2,3	- 27,6	+0,27	+ 24,7
Effektives Finanzierungsergebnis	-90,2	+ 26,1	+1,1	-27,6	+0,27	+ 24,7
Selbstfinanzierungsgrad	34 %	85 %	102,3%	61,8%	100,4 %	124,0 %
Gesamtabschreibungssatz	27 %	27 %	27%	21,7%	22,6 %	25,3 %
Nettoverschuldung	1'063,4	1'037,3	1'036,2	1'063,8	1'063,5	1'038,8
Dito, in Fr. pro Einwohner	4'350	4'220	4'210	4'300	4'280	4'170
Nettozinsaufwand total	32,2	39,3	37,9	36,4	36,9	35,9
Dito, in % der Staatssteuern	6,4%	7,6%	6,9%	6,4%	5,8%	5,1%
Bilanzfehlbetrag	623,4	638,9	648,1	661,8	671,3	634,6

EinwohnerInnen per Ende Jahr	244'275	245'532	246'121	247'241	248'332	249'000
(Schätzung für 2003)						

*) Abschreibungen 1997 inkl. zusätzliche Abschreibungen 2,2 Mio. Fr. auf Investitionen und 25,2 Mio. Fr. auf dem Bilanzfehlbetrag aus Aufwertung der Atel-Aktien.

Die Kennzahlen zeigen gegenüber dem Vorjahr(en) eine **deutliche Verbesserung** der finanziellen Situation des Kantons:

- Erstmals seit 1990 schliesst die Erfolgsrechnung wieder mit einem **operativen Ertragsüberschuss** ab.
- Der **Bilanzfehlbetrag**, welcher erstmals 1993 entstanden ist und seither stetig angewachsen ist, konnte um den Betrag des operativen Ertragsüberschusses (36,7 Mio. Franken) abgebaut werden und beläuft sich per Ende 2003 noch auf 634,6 Mio. Franken.
- Der **Cash Flow** liegt mit 127,7 Mio. Franken deutlich über den entsprechenden Werten der Vorjahre.
- Ohne die erstmals in der Investitionsrechnung gebildeten Rückstellungen für eingegangene Verpflichtungen in der Höhe von 21,7 Mio. Franken (Globalbudgetreserven Investitionsrechnung) liegen die **Nettoinvestitionen** mit 81,3 Mio. Franken über den Werten der Jahre 2001 und 2002 und deutlich unter den entsprechenden Kennzahlen der Jahre 1998 bis 2000.
- Aufgrund des hohen Cash Flows und der kontrollierten Investitionstätigkeit ergibt sich ein **Selbstfinanzierungsgrad** von rund 124%. Ein ähnlich hoher Selbstfinanzierungsgrad wurde letztmals 1989 erreicht (134%).
- Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 124% kann im Berichtsjahr 2003 die **Nettoverschuldung um 24,7 Mio. Franken, von 1'063,5 auf 1'038,8 Mio. Franken gesenkt werden**. Die Nettoverschuldung pro Einwohner nimmt um 110 Franken ab und beläuft sich per Ende 2003 auf 4'170 Franken.

5. Entwicklung in den einzelnen Departementen

Im Folgenden wird auf besondere Aspekte und Entwicklungen in den einzelnen Departementen hingewiesen. Die Bemerkungen konzentrieren sich auf die allerwichtigsten Punkte. Bei Vergleichen mit den Voranschlagskrediten ist zu beachten, dass in den Rechnungsergebnissen der einzelnen Dienststellen die zentral im Finanzdepartement budgetierten Kosten der Erhöhung der Teuerungszulage um 0,5 Indexpunkte enthalten sind.

Für die Globalbudgets wird auf die entsprechenden Vorlagen sowie auf die unter "Übersichten" angeführten Darstellungen (Leistungsaufträge, Ziele, Leistungsindikatoren, Dienststellenblätter, Produktgruppenergebnisse) der Rechnungszahlen 2003 hingewiesen.

5.1 Erfolgsrechnung

5.1.1 Behörden

Aufwand und Ertrag für Stände-, Kantons- und Regierungsrat schliessen per saldo um 8,8 Mio. Franken besser ab als erwartet. Diese Abweichung ist auf den ausserordentlichen Ertrag von 8,5 Mio. Franken aus dem Vergleich mit den Firmen Arthur Anderson AG und STG Coopers & Lybrand im Zusammenhang mit dem Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BIK zurückzuführen (vgl. auch Bemerkungen unter Abschnitt 1.5, Kosten der Sanierung und Privatisierung der Solothurner Kantonalbank).

5.1.2 Staatskanzlei

Der Gesamtaufwand beträgt 10,8 Mio., der Gesamtertrag (inkl. Verrechnungen) 10,8 Mio. Franken. Gegenüber dem Voranschlag ist insgesamt eine Verschlechterung des Nettoergebnisses von 0,1 Mio. Franken festzustellen. Diese Verschlechterung ist auf Mehraufwendungen bei den Portikosten zurückzuführen.

In der Staatskanzlei wird die Drucksachenverwaltung/Lehrmittelverlag mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt (siehe Kapitel 1.3).

5.1.3 Bau- und Justizdepartement

a) Allgemeine Bemerkungen

Im Bau- und Justizdepartement wird ein Aufwand von total 159,5 Mio. Franken, ein Ertrag von insgesamt 68,3 Mio. Franken und interne Verrechnungen von 67,7 Mio. Franken ausgewiesen; das Defizit beträgt 23,4 Mio. Franken. Gegenüber dem Budget ist eine Zunahme des Nettoaufwandes von 0,6 Mio. Franken zu verzeichnen.

Im Bau- und Justizdepartement werden das Amt für Raumplanung (inkl. Spezialfinanzierung Natur- und Heimatschutz), das Hochbauamt, das Amt für Verkehr und Tiefbau, das Amt für Umwelt sowie das Amt für Denkmalpflege und Archäologie mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt (siehe Kapitel 1.3).

Der Aufwand im Amt für Verkehr und Tiefbau (AVT) wird, soweit er den Strassenbau und -unterhalt betrifft, vollumfänglich durch die zweckgebundenen Mittel aus den Motorfahrzeugsteuern und -gebühren sowie durch einen Bezug aus der Spezialfinanzierung abgedeckt. Zulasten der ordentlichen Mittel gehen dagegen die Beiträge an den öffentlichen Verkehr. Hier liegen die Nettoaufwendungen mit 15,3 Mio. Franken (2002: 15,0 Mio. Franken) leicht über dem Vorjahr.

Die Abschreibung der laufenden Investitionen im Strassenbau belaufen sich auf total 33,9 Mio. Franken (2002: 30,5 Mio. Fr.). Im **Kantonsstrassenbau** nehmen die Investitionen um 10,0 Mio. Franken zu (22,0 Mio. Fr.). Der **Nationalstrassenbau** beansprucht total 11,9 Mio. Franken (2002: 18,6 Mio. Fr.).

Die Ausgaben im Strassenbau sind über die **Spezialfinanzierung** gedeckt. Trotz Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer im Zusammenhang mit den beiden Umfahrungsprojekten Solothurn/Olten um 15% nimmt die Verschuldung der Spezialfinanzierung um 2,3 Mio. Franken zu. Die Fondsverschuldung beträgt Ende 2003 35,7 Mio. Franken.

Die Zuweisung des Bundes aus dem **allgemeinen Treibstoffzollanteil** sinkt um 2,0 Mio. Franken; sie beträgt 9,5 Mio. Franken und wird je zur Hälfte (4,75 Mio. Fr.) der Erfolgsrechnung und der

Spezialfinanzierung ‚Strassenbaufonds‘ zugewiesen. Die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe LSVA, welche 2001 erstmals angefallen ist, wird seit 2002 vollumfänglich (4,7 Mio. Fr.) dem ‚Strassenbaufonds‘ zugewiesen. Die Finanzierung des Strassenbaufonds ist unter der Kontengruppe 6039 „Finanzierung Strassenbaufonds“ ausgewiesen.

b) Amt für Justiz

Der Aufwand des Amtes für Justiz betrug 13,7 Mio. Franken und der Ertrag erreichte 8,4 Mio. Franken. An internen Verrechnungen wurden dem Amt 3 Mio. Franken belastet. Der Nettoaufwand von 8,4 Mio. Franken lag damit um 3,4 Mio. Franken unter dem Voranschlag. Die Verbesserung gegenüber dem Voranschlag ist in erster Linie auf geringere Vollzugskosten (netto) bei der Jugendanwaltschaft (- 0,5 Mio. Franken) und geringere Prozedurkosten beim Untersuchungsrichteramt (- 0,7 Mio. Franken), auf höhere Gebührenerträge für Amtshandlungen beim Zivilstandswesen, den Einbürgerungen und beim Untersuchungsrichteramt (+ 0,9 Mio. Franken) sowie auf höhere Busseinnahmen beim Untersuchungsrichteramt (+ 0,8 Mio. Franken) zurückzuführen.

5.1.4 Departement für Bildung und Kultur

Die Rechnung des Departements für Bildung und Kultur schliesst mit einem Aufwand von 323,9 Mio. Franken (Voranschlag: 318,7 Mio. Fr.), einem Ertrag von 34,4 Mio. Franken (Voranschlag: 33,7 Mio. Fr.) und internen Verrechnungen von 23,8 Mio. Franken (Voranschlag: 23,8 Mio. Fr.) ab. Per saldo ist gegenüber dem Voranschlag ein Mehraufwand von 4,6 Mio. Franken zu verzeichnen.

Im Departement für Bildung und Kultur werden das Departementssekretariat, das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, das Amt für Kultur und Sport, die Pädagogische Fachhochschule sowie die Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt (siehe Kapitel 1.3).

Die folgende Tabelle orientiert über die **Netto-Aufwendungen** für die einzelnen Schultypen (in 1'000 Fr.):

Jahr	Volks- schulen	Mittel- schulen mit PFH	Berufs- schulen	Fachhoch- schulen /h. Fachsch.	Hoch- Schulen	Total
R'99	¹⁾ 124'847	56'686	27'956	16'224	19'674	¹⁾ 245'387
R'00	²⁾ 101'828	57'470	29'906	15'809	21'655	²⁾ 226'668
R'01	³⁾ 118'489	53'700	26'496	15'535	22'511	³⁾ 236'731
R'02	³⁾ 126'923	61'751	31'901	13'000	22'008	³⁾ 255'583
R'03	⁴⁾ 134'171	63'776	31'427	14'840	23'494	⁴⁾ 268'044

¹⁾ inkl. Bildung Rückstellungen von 20,8 Mio. Fr. für noch nicht geleistete Subventionen an Lehrerbesoldungen

²⁾ inkl. Bildung Rückstellungen von 4 Mio. Fr. für noch nicht geleistete Subventionen an Lehrerbesoldungen

³⁾ keine Bildung von Rückstellungen

⁴⁾ inkl. Bildung Rückstellungen von 13,6 Mio. Fr. für noch nicht geleistete Subventionen an Lehrerbesoldungen für die Jahre 2001-2003

Ab R'00: neu vorgenommene interne Verrechnungen (Overheadkosten, EDV-Abschreibungen, Mieten etc.)

Gegenüber der Rechnung des Vorjahres ist bei den Schulen insgesamt ein Mehraufwand von 12,5 Mio. Franken festzustellen. Diese Abweichung ist vor allem auf folgende Punkte zurückzuführen:

- Bei den **Volksschulen** ergibt sich gegenüber der Rechnung des Vorjahres ein Mehraufwand von 7,2 Mio. Franken. Dies ist hauptsächlich auf die Bildung einer Rückstellung für noch nicht geleistete Subventionen an Lehrerbesoldungen zurückzuführen.
- Die **Mittelschulen** verzeichnen gegenüber dem Vorjahr einen Mehraufwand von 2,0 Mio. Franken. Dieser ist auf den Abbau von Pensenguthaben der Lehrkräfte, Stellvertretungskosten infolge Krankheiten und Mutterschaftsurlaube zurückzuführen.
- Die **Berufsschulen** weisen einen Minderaufwand von 0,5 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr aus. Dieser ist auf die Schliessung der KBS Breitenbach sowie die Konzentration der Schulen für Mode und Gestalten am Standort Olten zurückzuführen.

- Um einen Teil der Betriebsreserven bei der **Fachhochschule** aufzulösen, wurde der Betriebsbeitrag im Jahr 2002 einmalig um 2,5 Mio. Franken herabgesetzt. Im Jahr 2003 wurde er wieder auf die Höhe der Verpflichtungskredittranche angehoben.
- Die **Hochschulen** weisen einen Mehraufwand von 1,5 Mio. Franken aus. Dies ist auf eine Zunahme der Studierenden zurückzuführen.

Die **Schulgelder** für den ausserkantonalen Schulbesuch sind gegenüber dem Vorjahr um 7,9 Mio. Franken gestiegen (2003: 29,9 Mio. Fr.; 2002: 22 Mio. Fr.). Insbesondere die Beiträge an Berufsschulen und Fachhochschulen sind gestiegen.

5.1.5 Finanzdepartement

a) Allgemeine Bemerkungen

Mit einem Ertrag von 1'025,9 Mio. Franken (Voranschlag: 950,7 Mio. Fr.), einem Aufwand von 356,9 Mio. Franken (Voranschlag: 351,3 Mio. Fr.) und internen Verrechnungen von 39,8 Mio. Franken (Voranschlag: 35,7 Mio. Fr.) resultiert ein Netto-Ertrag von 629,2 Mio. Franken (Voranschlag: 563,7 Mio. Fr.).

Im Finanzdepartement werden das Amt für Finanzen, das Steueramt, das Amt für Informatik und Organisation, die Kantonale Finanzkontrolle, alle Amtschreibereien sowie das Betreibungs- und Konkursamt Olten-Gösgen mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt (siehe Kapitel 1.3).

b) Wichtigste Erträge

Die grössten Erträge, die in diesem Departement anfallen, stammen aus den kantonalen direkten Steuern und den Nebensteuern, den Bundesanteilen und den Gebühren der Amtschreibereien. In den einzelnen Bereichen ergab sich folgende Entwicklung:

Staatssteuerertrag

Der Ertrag aus den **Staatssteuern** ist wie folgt in die Erfolgsrechnung eingesetzt worden:

Staatssteuer (in Mio. Fr.)	Voranschlag	Rechnung	Differenz	
	2003	2003	in Mio. Fr.	in%
- Staatssteuer nat. Personen**	478,4	546,8	+ 68,4	
			+ 14,3	
- Staatssteuer jur. Personen*	73,0	83,3	+ 10,3	+
			14,1	
- Spitalsteuer	55,7	63,2	+ 7,5	
			+ 13,5	
- Finanzausgleichssteuer	7,3	8,4	+ 1,1	
			+ 15,1	
- Nach- und Strafsteuern	0,5	0,5	-	
			-	

- Grenzgängerbesteuerung	1,1	1,3	+ 0,2	
			+ 18,2	
- Grundstückgewinnsteuer netto	5,7	4,5	- 1,2	
			- 21,1	
Total	621,7	708,0	+ 86,3	+ 13,9

*) inkl. Erträge aus Vorjahren

**) inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern, Kapitalabfindungssteuern und übrige Sondersteuern;
netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden)

Der in die Staatsrechnung 2003 eingegangene **Gesamtertrag** der Staatssteuern liegt deutlich über dem Voranschlag (+ 86,3 Mio. Fr. oder 13,9%). Der Mehrertrag ist einerseits auf den im Vergleich zum Vorjahr höheren Veranlagungsstand und andererseits auf die nach wie vor bemerkbaren Auswirkungen des Übergangs zur Gegenwartsbemessung sowie auf den höheren Ertrag aus der vollen Besteuerung der AHV-Renten zurückzuführen.

Die folgende Übersicht zeigt die Erträge der Staatssteuern für die Jahre 1999 – 2003:

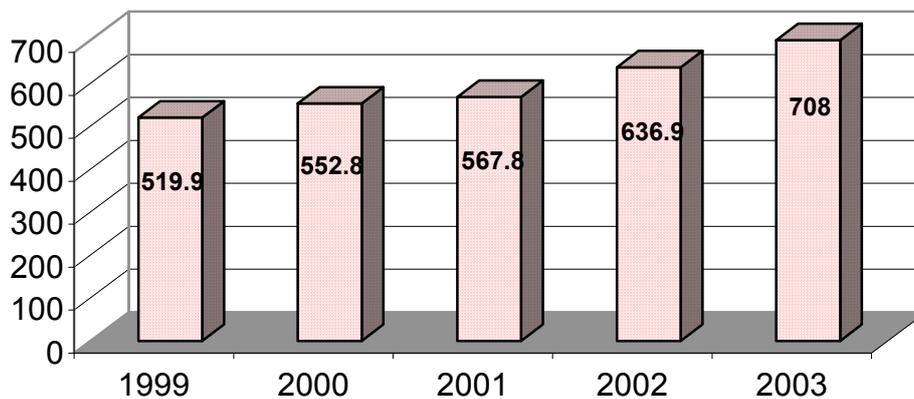
Staatssteuern (in Mio. Fr.)	R'99	R'00	R'01	R'02	R'03
- Staatssteuer nat. Personen*/**	413,3	430,7	413,2	467,6	546,8
- Staatssteuer jur. Personen*	59,9	68,3	89,0	97,2	83,3
- Spitalsteuer	33,4	39,8	49,6	56,5	63,2
- Finanzausgleichssteuer	6,0	6,8	8,9	9,7	8,4
- Nach- und Strafsteuern	0,4	0,4	0,4	0,2	0,5
- Grenzgängerbesteuerung	1,0	1,1	1,1	1,3	1,3
- Grundstückgewinnsteuer	5,9	5,7	5,6	4,4	4,5
Total	519,9	552,8	567,8	636,9	708,0

*) inkl. Erträge aus Vorjahren

**) inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern (seit 1997), Kapitalabfindungssteuern (seit 1998) und übrige Sondersteuern (seit 1998); netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden)

Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Zunahme beim Ertrag der Staatssteuern um 71,1 Mio. Franken oder 11,2% festzustellen. Das bessere Ergebnis ist auf die Zunahme der Staatssteuern der natürlichen Personen (+ 79,2 Mio. Franken oder 16,9%) und der Spitalsteuern (+ 6,7 Mio. Franken oder 11,9%) zurückzuführen.

Staatssteuerertrag 1999-2003 (Mio Fr.)



Steuerausstand

Der Ausstand an Staatssteuern betrug per Ende 2003 rund 232,7 Mio. Franken. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus Ausständen von 25,6 Mio. Franken aus den Jahren 1988–2001, 82,3 Mio. Franken aus dem Jahr 2002 sowie 124,8 Mio. Franken aus dem Jahr 2003. Der Ausstand hat infolge Umstellung auf die Gegenwartsbemessung im Rechnungsjahr nochmals um rund 39,7 Mio. Franken zugenommen:

	Fr.
Steuerausstand 1.1.2003	192'949'264
Steuerausstand 31.12.2003	<u>232'715'506</u>
Veränderung Steuerausstand per Ende 2003	39'766'242
	=====

Nebensteuern

Der Ertrag der **Nebensteuern** 2003 liegt unter dem Budget.

Nebensteuern (in Mio. Fr.)	Voranschlag 2003	Rechnung 2003	Differenz
- Handänderungssteuer	28,5	27,5	- 1,0
- Erbschaftssteuer	12,5	11,2	- 1,3
- Nachlasssteuer	6,0	4,8	- 1,2
- Schenkungssteuer	0,8	0,7	- 0,1
Total	47,8	44,2	- 3,6

Die nachstehende Tabelle zeigt die seit 1999 ausgewiesenen Erträge der Nebensteuern:

Nebensteuern (in Mio. Fr.)	1999	2000	2001	2002	2003
- Handänderungssteuer	28,1	26,4	22,8	26,6	27,5
- Erbschaftssteuer	22,9	11,6	10,9	16,3	11,2
- Nachlasssteuer	6,1	4,3	4,4	4,1	4,8
- Schenkungssteuer	0,3	0,8	0,5	0,8	0,7
Total	57,4	43,1	38,6	47,8	44,2

Der gesamte Ertrag der Nebensteuern liegt mit 44,2 Mio. Franken um 3,6 Mio. Franken unter dem Niveau des Vorjahres. Im Vergleich mit den Vorjahren ist zu berücksichtigen, dass im Jahre 1999 allein rund 11 Mio. Franken auf einen einmaligen, ausserordentlichen Steuereingang bei der Erbschaftssteuer entfallen.

Bundesanteile

An **Bundesanteilen** wurden insgesamt 159,5 Mio. Franken vereinnahmt. Damit wurde der budgetierte Betrag von 169,9 Mio. Franken per saldo um 10,4 Mio. Franken unterschritten. Die Verschlechterung ist hauptsächlich auf die zu optimistisch budgetierten Erträge der Verrechnungssteuer und des Finanzausgleichsbeitrages des Bundes zurückzuführen. Der Ertrag aus den Bundesanteilen hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Bundesanteile (in Mio. Fr.)	1999	2000	2001	2002	2003
- Reingewinn Nationalbank	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
- Ertrag Nationalbank	32,0	31,6	31,6	32,3	53,7
- Direkte Bundessteuer	33,9	26,8	25,6	34,6	39,7
- Verrechnungssteuer	4,4	15,8	2,2	7,4	4,6
- Finanzausgleichsbeitrag	46,7	54,8	59,1	55,0	56,5
- Allg. Treibstoffzollanteil*	9,7	10,3	3,7	5,7	4,8
- LSWA*	-	-	2,9	-	-
Total	126,9	139,5	125,3	135,2	159,5

* entspricht nur dem Anteil am Allg. Treibstoffzollanteil und der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA), welche der allgemeinen Staatsrechnung zugewiesen werden (ab 1.1.2003 Kontengruppe 6416, bis 2002 Kontengruppe 6034).

Die Zunahme der Erträge der Schweizerischen Nationalbank (SNB) um rund 20 Mio. Franken im Vergleich zu den Vorjahren ist auf die Erhöhung der Gewinnausschüttung zurückzuführen. Der beträchtliche Überschuss an Reserven erlaubte der SNB bereits im Jahr 2003 eine Milliarde Franken mehr an Bund (ein Drittel) und Kantone (zwei Drittel) auszuschütten.

Gebühren der Amtschreibereien

Der Ertrag aus **Gebühren der Amtschreibereien** von total 31,9 Mio. Franken liegt um 1,8 Mio. Franken über dem Voranschlag. Mehrerträge ergaben sich bei den Grundbuchgebühren, dem Güter- und Erbrecht und den Betreibungsgebühren. Seit 1999 ist folgende Entwicklung zu verzeichnen:

Gebühren Amtschreibereien	1999	2000	2001	2002	2003
Total (in Mio. Fr.)	29,2	30,4	29,5	30,5	31,9

c) Grösste Aufwandpositionen

Mittel- und langfristige Schulden

Die **mittel- und langfristigen Schulden** in Form von Obligationenanleihen und Darlehen mit Laufzeiten von drei bis zehn Jahren haben sich wie folgt entwickelt:

Feste Schulden (in Mio. Fr.)	1999	2000	2001	2002	2003
Anleihen/Privatplatzierungen	476,0	311,0	361,0	337,0	317,0
Obligationenanleihen	705,0	855,0	755,0	855,0	855,0
Total	1'181,0	1'166,0	1'116,0	1'192,0	1'172,0

Insgesamt haben die mittel- und langfristigen Schulden per saldo um 20,0 Mio. Franken abgenommen.

Der Anteil der Schulden, welcher zu einem Zinssatz von unter 4% auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden konnte, beträgt Ende 2003 65% (vgl. dazu die Zusammenstellung der Fälligkeiten der mittel- und langfristigen Schulden per Ende 2003 unter den Übersichten).

Nettoverschuldung

Die **Nettoverschuldung** – verstanden als Differenz zwischen den gesamten fremden Mitteln (kurz-, mittel- und langfristigem Fremdkapital sowie Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen) einerseits und dem Finanzvermögen (frei verfügbare flüssige Mittel, Guthaben, Anlagen) andererseits – hat sich wie folgt entwickelt:

Nettoverschuldung (in Mio. Fr.)	1999	2000	2001	2002	2003
Fremdkapital*	1'866,4	1'494,9	1'502,4	1'600,9	1'546,5
Spezialfinanzierungen (netto)	46,7	14,9	15,1	20,7	33,1
Total fremde Mittel	1'913,1	1'509,8	1'517,5	1'621,6	1'579,6
./. Finanzvermögen	875,8	473,6	453,7	558,1	540,8
Nettoverschuldung	1'037,3	1'036,2	1'063,8	1'063,5	1'038,8

*) ohne Darlehen der landwirtschaftlichen Kreditkasse (2003 total 55,5 Mio. Fr.)

Nettozinsaufwand

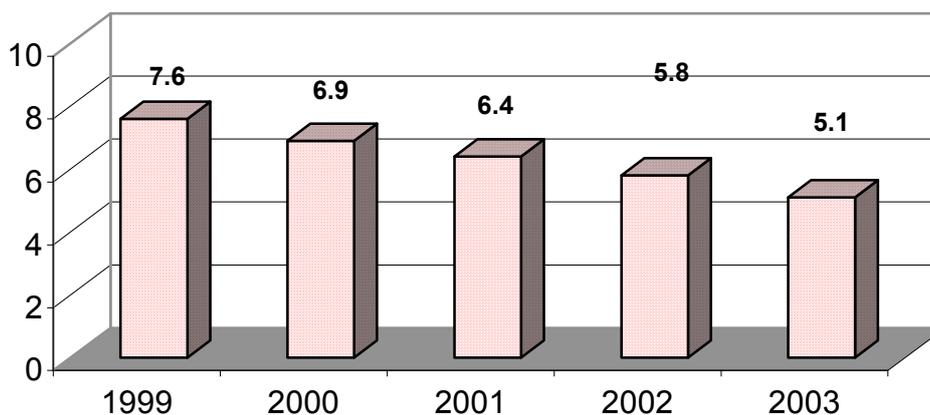
Für die Berechnung des **Nettozinsaufwandes** wird nach Neuem Rechnungsmodell der Sachgruppe 32 (Passivzinsen) die Sachgruppe 42 (Vermögenserträge) gemäss volkswirtschaftlicher Gliederung (vgl. Übersichten) gegenübergestellt. Die Entwicklung seit 1999 präsentiert sich wie folgt:

Zinsendienst (in Mio. Fr.)	1999	2000	2001	2002	2003
Passivzinsen (Sachgruppe 32)	62,2	57,7	55,1	51,2	51,9
Vermögenserträge (Sachgruppe 42*)	22,9	19,8	18,7	14,3	16,0
Nettozinsaufwand	39,3	37,9	36,4	36,9	35,9
Total Staatssteuern	519,9	552,8	567,3	636,9	708,0
Nettozinsaufwand in % Staatssteuern	7,6	6,9	6,4	5,8	5,1

*) exkl. Buchgewinne

Der Nettozinsaufwand von 35,9 Mio. Franken liegt um 1,0 Mio. Franken (- 2,7 %) unter dem Vorjahr. Er beträgt, gemessen am Ertrag der gesamten Staatssteuer, 5,1 %, d.h. von 100 Franken Steuerertrag müssen 5,10 Franken für den Nettozinsendienst ausgegeben werden.

Nettozinsaufwand in % des Steuerertrages



Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen

Die **Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen** werden aufgrund des Standes am 31. Dezember 2003, d.h. nach den Aktivierungen, vorgenommen. Das den Abschreibungen unterliegende Verwaltungsvermögen wird in der Bilanz unter den Positionen 14 (Sachgüter) und 16 (Investitionsgüter) erzeugt. Das abzuschreibende Verwaltungsvermögen veränderte sich 2003 wie folgt:

Abschreibungen	Rechnung 2002	Rechnung 2003
	Mio. Fr.	Mio. Fr.
Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per Ende Rechnungsjahr	288,0	277,0
Abzuschreibende Nettoinvestitionen laufendes Jahr	<u>19,8</u>	<u>21,3</u>
Verwaltungsvermögen per Ende Rechnungsjahr <u>vor</u> Abschreibungen	307,8	298,3
Ordentliche Abschreibungen	- 30,8	- 29,8
Restbuchwert per Ende Rechnungsjahr	277,0	268,5

In der Staatsrechnung 2003 wurden auf dem Verwaltungsvermögen Abschreibungen von insgesamt 29,8 Mio. Franken vorgenommen.

Auf den **Spezialfinanzierungen** (Spitalbauten, Strassenbauten usw.) werden die Nettoinvestitionen in der Höhe von insgesamt 61,1 Mio. Franken (Voranschlag: 60,2 Mio. Franken) vollständig abgeschrieben.

Der **Gesamtabschreibungssatz auf dem Verwaltungsvermögen** wurde wie folgt berechnet:

	<u>in Mio. Fr.</u>
Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 31.12.2003	298,3
Abzuschreibende Nettoinvestitionen der Spezialfinanzierungen 2003	<u>61,1</u>
Total abzuschreibende Aktiven	359,4
Ordentliche Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	29,8
Abschreibung auf Spezialfinanzierungen	<u>61,1</u>
Für die Berechnung des Gesamtabschreibungssatzes massgebende Abschreibungsgrösse	90,9
Gesamtabschreibungssatz (in %) = (90,9 Mio. Fr. x 100) / 359,4 Mio. Fr. =	25,3 %

Abschreibung auf Bilanzfehlbetrag

Gestützt auf § 19 der revidierten Finanzhaushaltsverordnung (KRB 71/95 vom 5. Juli 1995) ist ein Bilanzfehlbetrag jährlich mit 20 % abzuschreiben. Der Bilanzfehlbetrag beläuft sich per 31. Dezember 2002 auf 671,3 Mio. Franken. Somit ergibt sich ein Abschreibungsbedarf von 134,3 Mio. Franken. Die Abschreibung auf dem Bilanzfehlbetrag bleibt aber ohne Auswirkungen auf den Cash Flow und damit auf den Selbstfinanzierungsgrad.

Abschreibungen auf dem Finanzvermögen

Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen erreichen im Rechnungsjahr den Betrag von rund 15,2 Mio. Franken (Vorjahr: 11,2 Mio. Fr.). Daran partizipieren nebst dem Amt für Justiz (ca. 0,6 Mio. Fr.) und den Gerichten (ca. 1,4 Mio. Fr.) vor allem das Steueramt mit folgenden Verlusten:

– Erlassene Staatssteuern NP	0,8 Mio. Fr.
– Uneinbringliche Staatssteuern NP	4,7 Mio. Fr.
– Erlassene und uneinbringliche Staatssteuern JP	0,6 Mio. Fr.
– Erlassene und uneinbringliche Spitalsteuern	0,4 Mio. Fr.
– Erlassene und uneinbringliche Sondersteuern	0,4 Mio. Fr.
– Rückstellungen für Steuerausstände	6,0 Mio. Fr.

Die auf den Staatssteuern abgeschriebenene Beträge machen 1,0 % des gesamten Staatssteuerertrages aus.

Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen (Kontengruppe 6421)

Die Beiträge an die staatliche Pensionskasse und die Sozialversicherungen werden seit 1999 den einzelnen Kostenstellen zugewiesen. Der Gesamtbetrag liegt mit 48,8 Mio. Franken unter über dem

Vorjahr (53,6 Mio. Fr.). Auf die Bruttobesoldung gerechnet sind dies ca. 17,6 Prozent (Vorjahr 19,8 %). Der Rückgang der Pensionskassen-Arbeitgeberbeiträge von 5,2 Mio. Fr. gegenüber dem Vorjahr ist auf den zeitlich befristeten Verzicht der Mitfinanzierung des Fehlbetrages durch den Arbeitgeber (SO+ Massnahme Nr. 32 ‚Reduktion der Arbeitgeberbeiträge an die PKS‘) zurückzuführen.

5.1.6 Departement des Innern

a) Allgemeine Bemerkungen

Die Rechnung des Departements des Innern schliesst mit einem Aufwand von 610,5 Mio. Franken (Voranschlag: 588,4 Mio. Fr.), einem Ertrag von 255,5 Mio. Franken (Voranschlag: 257,8 Mio. Fr.) und internen Verrechnungen von 3,5 Mio. Franken (Voranschlag: 9,8 Mio. Fr.) ab. Der Aufwandüberschuss von 358,6 Mio. Franken übersteigt den Voranschlag um 18,2 Mio. Franken. Allein die Mehrkosten bei den ausserkantonalen Spitalbehandlungen gemäss KVG, den Spitälern und den Ergänzungsleistungen AHV/IV betragen 22,0 Mio. Franken.

Im Departement des Innern werden die Spitäler, das Gesundheitsamt, das Bildungszentrum für Gesundheitsberufe, die Motorfahrzeugkontrolle, die Strafanstalt Schöngrün, das Therapiezentrum ‘Im Schache’ und die Polizei mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt (siehe Kapitel 1.3).

b) Gesundheitsamt

Die Spitalbehandlungen gemäss KVG betragen 39,0 Mio. Franken (2002: 36,5 Mio. Fr.). Der Mehraufwand von 11,0 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag ist auf eine transitorische Abgrenzung und erhohnte Kosten der ausserkantonalen Spitäler (Spitzenmedizin, Überalterung, Mengenausweitung) zurückzuführen. Dieser Mehraufwand wurde mit einem Nachtragskredit gedeckt (RRB Nr. 2003/2149 vom 25. November 2003). Gleichzeitig reduzierten sich hingegen die Beiträge ausserkantonaler Berufsbildungen um 1,1 Mio. Franken gegenüber dem Budget (es haben weniger Personen das ausserkantonale Ausbildungsangebot im Gesundheitswesen benutzt als geplant).

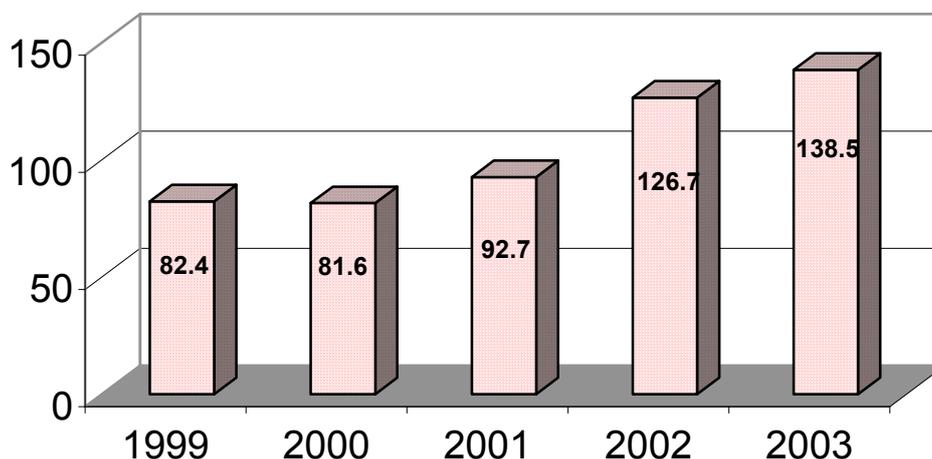
c) Spitalamt

Im Spitalamt beträgt der Aufwand 180,9 Mio. Franken, der Ertrag 5,2 Mio. Franken und die internen Verrechnungen 62,2 Mio. Franken. Der Nettoaufwand beläuft sich auf 113,6 Mio. Franken, d.h. 4,5 Mio. Franken mehr als budgetiert.

Für die **Solothurnischen Spitäler** wurde im Voranschlag ein Betriebsbeitrag von 131,0 Mio. Franken eingesetzt. Tatsächlich überwiesen wurden 138,45 Mio. Franken. Der Rechnungsabschluss 2003 wurde insbesondere durch die folgenden zwei Ereignisse beeinflusst. Erstens wurde der Akutbetrieb des Bezirksspitals Breitenbach auf den 30. Juni 2003 eingestellt und, zweitens, wurde die Geburtshilfe des Spitals Grenchen per 31. März 2003 aufgehoben und vom Bürgerspital Solothurn übernommen. Diese Veränderungen führten zu wesentlichen Abweichungen bei den Budgets der einzelnen Spitäler und den Leistungsvorgaben. Der Kantonsrat hat mit Beschluss vom 18. Juni 2003 für die Schliessung des Spitals Breitenbach einen Nachtragskredit von 11,3 Mio. Franken bewilligt. Davon wurden rund 9,5 Mio. Franken beansprucht. Zusammen mit weiteren Einsparungen in den übrigen

Spitälern wurde der für 2003 budgetierte Staatsbeitrag von 142,3 Mio. Franken (131 Mio. Franken zuzüglich Nachtragskredit von 11,3 Mio. Franken) aller Spitäler um 3,85 Mio. Franken unterschritten.

Betriebsbeiträge an Spitäler (Mio Fr.)



Der Ertrag der Spitalsteuer wird zu 60 % (37,6 Mio. Fr.) als Einlage in den Spitalbaufonds und zu 40 % (25,1 Mio. Fr.) für die teilweise Deckung der Spitaldefizite herangezogen.

Die **Investitionen in die Spitalinfrastruktur** erreichten 26,1 Mio. Franken (Vorjahr: 18,4 Mio. Fr.). Sie liegen um 1,6 Mio. Franken unter dem Voranschlag. Der Bereich Spitalbauten im Hochbauamt wird mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt (siehe Kapitel 1.3).

Der **Spezialfinanzierung für Spitalbauten** wurden 60 % oder 37,6 Mio. Franken der Spitalsteuer zugewiesen. Auf der Aufwandseite wurde die Abschreibung der Investitionen von 26,1 Mio. Franken verbucht. Zum Ausgleich der Spezialfinanzierung konnte folglich eine Fondseinlage von 12,0 Mio. Franken verbucht werden. Dank dieser Einlage hat das Vermögen des Spitalbaufonds von minus 2,5 auf plus 9,5 Mio. Franken per 31. Dezember 2003 zugenommen.

Jahr	Erträge Anteil Spitalsteuer Und Zinsen	Aufwendungen für Spitalbauten usw.	+ Einlagen in - Entnahmen aus Spez.fin.	Stand Spitalbau-Fonds
R'99	16,6	43,3	- 26,7	- 3,9
R'00	20,1	46,8	- 26,6	- 30,6
R'01	29,9	17,0	+ 12,9	- 17,7
R'02	34,1	18,9	+ 15,2	- 2,5
R'03	38,1	26,1	+ 12,0	+ 9,5

d) Amt für Gemeinden und Soziale Sicherheit

Das Amt für Gemeinden und Soziale Sicherheit (AGS) schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 143,9 Mio. Franken ab (Voranschlag: 138,3 Mio. Fr.).

Die Kosten für **Logistik und Infrastruktur AGS** betragen 4,3 Mio. Franken und liegen 0,2 Mio. Franken unter dem Budget.

Die Kosten für **Logistik und Infrastruktur Oberämter** betragen 2,4 Mio. Franken und liegen 0,3 Mio. Franken unter dem Budget.

Für die **Sozialhilfe** wurden 0,3 Mio. Franken aufgewendet. Mit der Entnahme von 0,3 Mio. Franken aus dem Ausgleichskonto und Rückerstattungen in der Höhe von 0,1 Mio. Franken konnte ein Ertragsüberschuss von 0,1 Mio. Franken ausgewiesen werden.

Der Bereich **Asyl** kostete 26,1 Mio. Franken (2002: 24,8 Mio. Fr.). Die Kosten wurden vollumfänglich durch Bundesbeiträge gedeckt.

Die Aufwendungen für **soziale Dienste und Vormundschaft** (Opferhilfe, Suchtprävention) betragen 2,2 Mio. Franken. Die Aufwendungen dienen der Ausrichtung von Beiträgen an die Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer sowie der Opferhilfe. Die Kosten der GASS-Suchthilfe werden vollumfänglich von den Gemeinden und dem Bund getragen.

Für die **Prämienverbilligung** an die Versicherten gemäss KVG wurden 77,4 Mio. Franken aufgewendet. Budgetiert waren 78,9 Mio. Franken. Der Bundesbeitrag an die Aufwendungen betrug 54,5 Mio. Franken (Vorjahr: 53,1 Mio. Fr.). Per saldo wurde der Kanton – wie budgetiert – mit 22,9 Mio. Franken (Vorjahr: 19,9 Mio. Fr.) belastet.

Die Betriebsbeiträge an **soziale Institutionen** beliefen sich auf insgesamt 6,1 Mio. Franken (Voranschlag: 5,8 Mio. Fr.).

Die Kantonsbeiträge an die **Sozialversicherungen (AHV/IV)** betragen 82,7 Mio. Franken (Voranschlag: 84,0 Mio. Fr.) und an die **Ergänzungsleistungen AHV/IV** 23,4 Mio. Franken (Voranschlag 16,7 Mio. Fr.). Gegenüber dem Voranschlag ist bei den Ergänzungsleistungen eine Zunahme von 6,7 Mio. Franken, gegenüber dem Vorjahr eine von 2,0 Mio. Franken zu verzeichnen. Die Ergänzungsleistung ist eine Verbundaufgabe von Kanton und Gemeinden. Sie dient als Ausgleich für die Folgen der Aufgabenreform soziale Sicherheit. Der Gemeindeanteil basiert auf 57,6% (Vorjahr 65,8%).

e) Amt für öffentliche Sicherheit

Der Aufwand betrug 7,8 Mio. Franken (Voranschlag: 7,7 Mio. Fr.), insbesondere für Besoldungen und Sozialleistungen der direkt unterstellten Abteilungen. Die nachfolgenden Bemerkungen zu den einzelnen Teilbereichen gelten somit immer nur für den Sachaufwand (ohne die Besoldungskredite).

Für **Kostgelder Strafvollzug** wurden 4,9 Mio. Franken aufgewendet. Das sind 1,1 Mio. Franken weniger als budgetiert.

Der Aufwand für die **Untersuchungs- und Bezirksgefängnisse** belief sich auf 1,1 Mio. Franken (Voranschlag: 1,5 Mio. Fr.). Der Aufwand ist durch Kostgelder und Arbeitserlöse gedeckt.

Die von der **Gewerbe- und Handelspolizei** vereinnahmten Gebühren und Patenttaxen von 2,3 Mio. Franken liegen 0,3 Mio. Franken unter dem Budget.

Der Aufwand in der Abteilung **Ausländerfragen** betrug 2,0 Mio. Franken (Voranschlag: 0,5 Mio. Fr.). Die Erträge aus Pass- und Ausländergebühren beliefen sich auf 3,8 Mio. Franken (Voranschlag: 2,7 Mio. Fr.).

5.1.7 Volkswirtschaftsdepartement

a) Allgemeine Bemerkungen

Insgesamt resultiert bei einem Aufwand von 123,5 Mio. Franken, einem Ertrag von 104,1 Mio. Franken und internen Verrechnungen von 7,8 Mio. Franken ein Nettoaufwand von 27,3 Mio. Franken (Voranschlag: 30,0 Mio. Fr.). Die Verbesserung von 2,7 Mio. Franken ist vor allem auf die Bereiche Wirtschaft und Arbeit und Militär und Bevölkerungsschutz zurückzuführen

Im Volkswirtschaftsdepartement werden das Departementssekretariat, das Amt für Wirtschaft und Arbeit, das Kantonsforstamt, das Amt für Landwirtschaft sowie der Zivilschutz mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt (siehe Kapitel 1.3).

b) Amt für Militär und Zivilschutz

Mit einem Aufwand von 11,3 Mio. Franken, einem Ertrag von 7,3 Mio. Franken und internen Verrechnungen von 2,2 Mio. Franken resultiert ein Nettoaufwand von 6,2 Mio. Franken (Voranschlag: 7,0 Mio. Fr.). Das bessere Ergebnis gegenüber dem Voranschlag ist auf die Bereiche Wehrpflichtersatz und Zeughaus zurückzuführen.

5.1.8 Gerichte

Dem Aufwand von 15,7 Mio. Franken und internen Verrechnungen von 4,1 Mio. Franken stehen Erträge von 6,8 Mio. Franken gegenüber. Daraus resultiert ein gegenüber dem Voranschlag um 0,2 Mio. Franken tieferer Aufwandüberschuss. Ins Gewicht fallen die höheren Erträge bei den „Gerichtsgebühren Zivilsachen“ der Amtsgerichte (1,1 Mio. Franken über dem Budget).

5.2 Investitionsrechnung

5.2.1 Bau- und Justizdepartement

Die Investitionen des Bau- und Justizdepartements beliefen sich auf insgesamt 134,7 Mio. Franken (Vorjahr: 147,7 Mio. Fr.) bei Einnahmen von 68,6 Mio. Franken (Vorjahr: 88,2 Mio. Fr.). Die Nettoinvestitionen erreichten damit 66,0 Mio. Franken. Sie liegen um 3,0 Mio. Franken oder 4,4 % unter dem Voranschlag.

Für die **Berufs- und Mittelschulbauten** wurden 2,7 Mio. Franken (Voranschlag: 2,3 Mio. Fr.) ausgegeben. Mehrausgaben von 0,5 Mio. Franken im ausserordentlichen Unterhalt verteilen sich auf verschiedene Positionen. Für die Pädagogische Fachhochschule budgetierte 0,3 Mio. Franken wurden nicht ausgegeben. Für die Projektierung der Fachhochschule Olten wurden hingegen nicht budgetierte 0,2 Mio. Franken verwendet.

Für **Spitalbauten** wurden Nettoinvestitionen in der Höhe von 26,1 Mio. Franken getätigt, das sind 1,6 Mio. Franken weniger als budgetiert. Die Rechnung konnte gesamthaft betrachtet erwartungsgemäss abgeschlossen werden. Hingegen ergaben sich bei der Kreditverwendung für die einzelnen Spitäler mehrere Abweichungen. Die Einzelheiten sind im Bericht über die Spezialfinanzierungen 'Spitalbauten' (vgl. Abschnitt Erfolgsrechnung, Departement des Innern, Spitalamt) dargestellt.

Die Investitionsausgaben im Bereich der **allgemeinen Bauten** betragen 3,0 Mio. Franken, budgetiert waren 6,3 Mio. Franken. Die Abweichung verteilt sich auf verschiedene Positionen. Ins Gewicht fielen u.a. der verzögerte Baubeginn des Sicherheitszauns im Therapiezentrum „Im Schache“ (– 3,2 Mio. Fr.) und die baulichen Anpassungen im Schloss Waldegg für die Einrichtung des Amtes für Kultur und Sport.

Die Ausgaben für den **Kantonsstrassenbau** erreichten netto 22,0 Mio. Franken und lagen damit um 3,7 Mio. Franken über dem Voranschlag. Die Abweichung verteilt sich auf verschiedene Positionen. Mehrausgaben von 1,5 Mio. Franken fielen bei der schneller als geplant voranschreitenden Realisierung der Unterführung Bahn 2000 in Derendingen und 3,9 Mio. Franken für den zeitlich vorgezogenen Landerwerb für die Entlastung West in Solothurn an. Für das Strassen- und das Kunstbauprogramm 2002/2005 wurden demgegenüber insgesamt 1,5 Mio. Franken weniger investiert.

Die Ausgaben für Investitionen in den **Nationalstrassenbau** und in Zufahrtsstrassen erreichten netto 12,0 Mio. Franken und lagen damit geringfügig, um 0,2 Mio. Franken, unter dem Voranschlag.

Für den **öffentlichen Verkehr** wurden netto 2,2 Mio. Franken (Voranschlag: 2,6 Mio. Fr.) investiert. Die Gemeindebeiträge an die Leistungen des Kantons fielen um 0,6 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert.

Das **Amt für Umwelt** investierte netto – 0,9 Mio. Franken (Einnahmenüberschuss, Voranschlag: – 0,1 Mio. Fr.). Der Grund ist vor allem die um 0,8 Mio. Franken höher als budgetiert angefallene Rückzahlung von Umweltschutzdarlehen. Die Bundesbeiträge (Durchlaufposten) an Gemeinden und Dritte für Umweltschutzbauten betragen 3,9 Mio. Franken (Voranschlag: 3,0 Mio. Fr.).

Die **Amtliche Vermessung** investierte in die Realisierung des Projektes RADAV (Rasche Erfassung der Daten der Amtlichen Vermessung) 2,8 Mio. Franken (Voranschlag: 3,3 Mio. Fr.). Die Beiträge von Bund und Gemeinden betragen 3,8 Mio. Franken (Voranschlag: 3,5 Mio. Fr.). Der Einnahmenüberschuss beträgt somit 1,0 Mio. Franken (Voranschlag: 0,2 Mio. Fr.).

5.2.2 Departement für Bildung und Kultur

Für **Ausbildungsdarlehen** sind 1,7 Mio. Franken (Voranschlag: 1,8 Mio. Fr.) ausbezahlt worden. Die Rückzahlungen lagen bei 1,5 Mio. Franken (Voranschlag: 1,8 Mio. Fr.).

Für die Ausrüstung der **Kantonalen Schulen** mit EDV-Systemen wurden wie budgetiert 0,6 Mio. Franken verwendet.

5.2.3 Finanzdepartement

ALV-Darlehen an den Bund mussten keine mehr amortisiert werden. Budgetiert waren 15,0 Mio. Franken. Anders als erwartet wurden die restlichen Darlehen bereits im Rechnungsjahr 2002 rückbezahlt. Die Darlehen wurden jeweils als erfolgsneutrale Durchlaufposten verbucht.

Innerhalb des **Finanzausgleichs Einwohnergemeinden** wurden 0,5 Mio. Franken Investitionsbeiträge anstelle der vorgesehenen 1,5 Mio. Franken ausbezahlt.

Erstmals wurden **Rückstellungen für** eingegangene Verpflichtungen zulasten der Investitionsrechnung gebildet (Globalbudgetreserven Investitionsrechnung): 15,1 Mio. Franken im Hochbaubereich Spitalbauten, 6,0 Mio. Fr. im übrigen Hochbaubereich (allgemeine Bauten und Bildungsbauten) und 0,6 Mio. Franken im Bereich Landwirtschaft (Strukturverbesserungen). Diese Positionen waren nicht budgetiert, der Rückstellungsbedarf konnte erst beim Rechnungsabschluss ermittelt werden.

Das **Amt für Informatik und Organisation** verfügte über einen Investitionskredit von 8,7 Mio. Franken. Dieser wurde budgetkonform verwendet.

5.2.4 Departement des Inneren

Die **Lebensmittelkontrolle** investierte 0,1 Mio. Franken in neue Instrumente (Voranschlag: 0,2 Mio. Fr.).

Das **Amt für Gemeinden** vereinnahmte später als geplant und deshalb nicht budgetierte Gemeindebeiträge von 0,9 Mio. Franken an die baulichen Massnahmen in der Wohnheim-Beschäftigungsstätte der Psychiatrische Dienste Solothurn.

Die **Strafanstalt Solothurn** investierte für Inneneinrichtungen und ein neues Fahrzeug 0,2 Mio. Franken.

Die **Polizei** investierte 1,7 Mio. Franken, budgetiert waren 1,8 Mio. Franken. Investiert wurde in neue Fahrzeuge (0,2 Mio. Fr.), die Rotlichtüberwachung in den Städten (0,2 Mio. Fr.), das Mehrjahresprogramm Polizeifunk (0,3 Mio. Fr.) und die automatische Radarüberwachung (0,4 Mio. Fr.). Letztere war nicht budgetiert, da sie vom Kantonsrat bereits für 2002 bewilligt worden war.

5.2.5 Volkswirtschaftsdepartement

Die Nettoinvestitionen des **Amtes für Landwirtschaft** für Strukturverbesserungsmassnahmen erreichten 2,3 Mio. Franken und lagen damit um 0,4 Mio. Franken unter dem Voranschlag.

6. Bilanz

6.1 Übersicht

Die Bilanz der Staatsrechnung per 31. Dezember 2003 zeigt folgendes Bild:

Aktiven	Mio. Fr.	Passiven	Mio. Fr.
Finanzvermögen	540,8	Fremdkapital	1'602,0
Verwaltungsvermögen	459,6		
Vorschüsse für			
Spezialfinanzierungen	35,7	Verpflichtungen für	
Bilanzfehlbetrag	<u>634,7</u>	Spezialfinanzierungen	<u>68,8</u>
	<u>1'670,8</u>		<u>1'670,8</u>

Die **Bilanzsumme** hat im Rechnungsjahr um 42,1 Mio. Franken oder 2,5 % abgenommen; sie beträgt per 31. Dezember 2003 total 1'670,8 Mio. Franken.

Das **Finanzvermögen** (Flüssige Mittel, Anlagen, Guthaben) hat im Jahr 2003 um 17,3 Mio. Franken abgenommen.

Das **Verwaltungsvermögen** hat per Saldo um 12,0 Mio. Franken zugenommen, bedingt vor allem durch die Aktivierung eingegangener Verpflichtungen in der Investitionsrechnung (+21,7 Mio. Fr.).

Auf dem **Bilanzfehlbetrag** von 671,3 Mio. Franken wurden Abschreibungen von 20% oder 134,3 Mio. Franken vorgenommen. Er erhöhte sich jedoch wieder um das ausgewiesene Gesamtdefizit von 97,6 Mio. Franken auf total 634,6 Mio. Franken.

Das **Fremdkapital** hat im Jahr 2003 per Saldo um 54,3 Mio. Franken abgenommen: Zu dieser Senkung trug vor allem die Abnahme der kurzfristigen Schulden (-76,2 Mio. Fr.) bei.

Die **Spezialfinanzierungen** haben im Jahr 2003 gesamthaft um 12,2 Mio. Franken zugenommen. Der Spitalbaufonds konnte seinen Minusbestand von 2,5 Mio. Franken in einen Überschuss von 9,5 Mio. Franken umwandeln. Der Minusbestand des Strassenbaufonds hingegen wuchs um 2,3 Mio. Franken auf 35,7 Mio. Franken.

6.2 Finanzierungsnachweis

Im Finanzierungsnachweis werden die Mittelverwendung und deren Finanzierung (Mittelherkunft) gezeigt:

Mittelherkunft		Mio. Fr.
Cash Flow		
- Aufwandüberschuss	- 97,5	
- Abschreibungen Sachgüter und Investitionsbeiträge	29,8	
- Abschreibungen Spezialfinanzierungen	61,1	
- Abschreibung Bilanzfehlbetrag	<u>134,3</u>	127,7
Abnahme Flüssige Mittel		20,7
Abnahme aktive Rechnungsabgrenzung		23,3
Abnahme übrige Darlehen und Beteiligungen		1,2
Abnahme Vorschüsse für Spezialfinanzierungen		0,1
Zunahme Verpflichtungen für Sonderrechnungen		1,0
Zunahme Rückstellungen		44,4
Zunahme passive Rechnungsabgrenzung		3,0
Zunahme Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen		12,3
Total		<u>233,7</u>
Mittelverwendung		Mio. Fr.
Nettoinvestitionen		
- Sachgüter und Investitionsbeiträge	21,4	
- Aktivierung eingegangener IR-Verpflichtungen	21,7	
- Spezialfinanzierungen	<u>61,1</u>	104,2
Zunahme Guthaben		22,6
Zunahme Anlagen Finanzvermögen		4,1
Abnahme laufende Verpflichtungen		6,6
Abnahme übrige mittel- und langfristige Schulden		20,0
Abnahme mittel- und langfristige Schulden		76,2

Total 233,7

6.3 Bürgschaften, Eventualverpflichtungen und Regressforderungen

Das Total der Bürgschaften, Eventualverpflichtungen und Regressforderungen erreicht rund 1'150 Mio. Franken und setzt sich wie folgt zusammen:

6.3.1 Bürgschaften

- Die Bürgschaften aus dem **Gewässerschutz** betragen 12,2 Mio. Franken. Sie erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 4,7 Mio. Franken.
- In der **Wirtschaftsförderung** reduzierte sich die Zahl der Verpflichtungen auf 12 (Vorjahr: 14). Der Bürgschaftsbetrag nahm per saldo um 0,1 Mio. Franken auf 2,5 Mio. Franken ab.
- Gestützt auf die Bundesgesetze über Investitionskredite für die Forstwirtschaft im Berggebiet und über den Wald sind Bürgschaften für das **Forstwesen** über 3,3 Mio. Franken, das sind 0,7 Mio. Franken mehr als im Vorjahr, im Anhang zur Bilanz aufgeführt.
- Gestützt auf das Bundesgesetz über Investitionshilfe im Berggebiet (IHG) bestehen Bürgschaften für **Strukturverbesserungen** über 3,1 Mio. Franken.
- Die Bürgschaftsverpflichtungen gegenüber der **Solothurnischen Bürgschaftsstiftung für bäuerliche Heimwesen** betragen 0,1 Mio. Franken.

6.3.2 Eventualverpflichtungen

Die Eventualverpflichtung gegenüber der **Kantonalen Pensionskasse Solothurn** für die ausgewiesene Unterdeckung per 31.12.2002 beträgt 745,2 Mio. Fr. Gegenüber 2001 hat sie um 190,0 Mio. Franken zugenommen. Der Deckungsgrad sank, bei weiterhin steigenden Vorsorgeverpflichtungen, um 6,5%, von 76,5 auf 70%. In der Unterdeckung ist der Anteil der öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber der Anschlussmitglieder nicht abgezogen. Die Unterdeckung der Kantonalen Pensionskasse wird durch den Kanton nicht verzinst. Die Angaben per 31. Dezember 2003 liegen zum Zeitpunkt dieser Berichterstattung noch nicht vor. Es kann jedoch damit gerechnet werden, dass sich die Unterdeckung im Verlaufe des Jahres 2003 als Folge der günstigeren Entwicklung an den Aktienmärkten wieder reduziert hat. Genaue Zahlen werden im Abschluss 2003 der Pensionskasse veröffentlicht.

Für die von der **Landwirtschaftlichen Kreditkasse** gewährten Darlehen für Investitionen und Betriebs-hilfen bestehen Eventualverpflichtungen von insgesamt 52,7 Mio. Franken. Gegenüber dem Vorjahr haben sie um 1,2 Mio. Franken zugenommen.

Als nicht näher quantifizierbare Eventualverpflichtungen werden für **Altlastsanierung / Deponien** 100 bis 300 Mio. Franken aufgeführt.

Für die Investitionen des Pächters des **Gutsbetriebs Rosegg** besteht eine Staatsgarantie von 0,3 Mio. Franken, die sich jährlich um 4 % Abschreibungen reduziert.

Für mögliche Rückzahlungen des Sockelbeitrags gemäss **KVG für Zusatzversicherte** durch Versicherer, die dem Abkommen SDK-Santé Suisse für Behandlungen vor dem 31. Dezember 2001 nicht beigetreten sind, besteht eine Eventualverpflichtung in der Höhe von rund 1 Mio. Franken.

6.3.3 Eventualguthaben

Die im Jahre 2003 fällig gewordene **Regressforderung** gegenüber der Firma PRIGEN AG (Wohnbauten im Brühl Solothurn), die durch eine unverzichtbare Bankverpflichtung gesichert war, besteht nicht mehr. Die Forderung des Staates betrug 3'552'500 Franken, wovon 1'776'250 Franken an die Einwohnergemeinden zurückzuerstatten war. Das Betreffnis konnte per 1. September 2003 vertragsgemäss abgerechnet werden.

Die **grundpfandgesicherten Forderungen aus Verwandtenunterstützungen** von 10,0 Mio. Franken (2002: 10,2 Mio. Fr.) betragen rund 3,3 Mio. Franken (2002: rund 3,4 Mio. Fr.).

6.3.4 Übrige

Insgesamt bestehen im Kanton Solothurn per Ende 2003 **Leasingverpflichtungen** in der Höhe von 0,2 Mio. Franken (Fahrzeug- und Anlagenleasing durch das Therapiezentrum „Im Schache“, das Amt für Informatik und Organisation und die Staatskanzlei).

Per Ende 2002 ist ein Bestand von insgesamt 26,6 Mio. Franken **zugesicherte, aber noch nicht ausbezahlte Staatsbeiträge** hauptsächlich für die Bereiche Umwelt, Forst und Landwirtschaft zu verzeichnen.

Im Abschnitt 'Übersichten' findet sich eine detaillierte Zusammenstellung über sämtliche Bürgschaften, Eventualverpflichtungen und Regressforderungen.

7. Verfassungsmässigkeit

Gestützt auf Artikel 74 Buchstabe c in Verbindung mit Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe c der Kantonsverfassung ist der Kantonsrat abschliessend zuständig, die Staatsrechnung zu genehmigen. Der Genehmigungsbeschluss unterliegt nicht dem Referendum.

8. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Ruth Gisi
Frau Landammann

Dr. Konrad Schwaller
Staatschreiber

Revisionsbericht zur Staatsrechnung 2003 an den Kantonsrat des Kantons Solothurn

1. Staatsrechnung 2003

Die Finanzkontrolle hat die Buchführung und die vom Finanzdepartement vorgelegte Staatsrechnung 2003 (Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Globalbudgets, Anhang, Verpflichtungskreditkontrolle und die Rechnungen der Legate und Stiftungen) geprüft. Die in der Staatsrechnung separat aufgeführten Jahresrechnungen der Spitäler und weiterer staatlicher Institutionen werden anlässlich der separaten Revisionen geprüft.

Für die Staatsrechnung ist der Regierungsrat und der Kantonsrat verantwortlich. Unsere Aufgabe besteht darin, die Rechnung zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Abschlussrevision umfasste die Prüfung der Bilanzpositionen sowie eine summarische Prüfung der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung. Der Rechnungsverkehr der Dienststellen sowie die dezentralen Rechnungsabschlüsse werden anlässlich der periodisch vorzunehmenden internen Revision der Dienststellen einer vertieften Prüfung unterzogen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den massgebenden Grundsätzen der Revision, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Staatsrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Staatsrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Staatsrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Staatsrechnung 2003 den gesetzlichen Bestimmungen und der Verordnung über den Finanzhaushalt. Diese Beurteilung steht allerdings unter den folgenden zwei Einschränkungen:

- **Bilanzfehlbetrag(Verlustvortrag*)Staatsrechnung** Nach § 19 der Finanzhaushaltsverordnung vom 21. Januar 1981 (BGS 611.22) ist der Bilanzfehlbetrag innerhalb von 5 Jahren in gleichen Tranchen abzuschreiben. Diese Bestimmung, welche durch Beschluss des Kantonsrates erstmals für das Budget 2000 hätte wirksam werden sollen, wird nicht eingehalten. Obwohl jährlich die notwendige Abschreibung des Bilanzfehlbetrages von rund 130 Mio. Franken im Voranschlag und in der Rechnung eingesetzt wurde, konnte bis heute – mit Ausnahme der Abschreibung von 36,7 Mio. Franken im Berichtsjahr – keine wirksame Abtragung des Bilanzfehlbetrages erreicht werden, da der dazu notwendige operative Ertragsüberschuss fehlt. Obwohl der Regierungsrat die dazu notwendige Steuererhöhung beantragt hat, lehnte der Kantonsrat diese ab. § 19 der Finanzhaushaltsverordnung wird nach wie vor verletzt.
- **Bilanzfehlbetrag (Verlustvortrag*) Strassenbaufonds**
Nach § 11 der Finanzhaushaltsverordnung sind Vorschüsse an Spezialfinanzierungen (Bilanzfehlbetrag) nur zulässig, wenn die zweckgebundenen Einnahmen den Aufwand vorübergehend nicht decken. Dieser Bilanzfehlbetrag ist innerhalb von 3 – 5 Jahren abzuschreiben. Der

im Jahre 1999 erstmals entstandene Bilanzfehlbetrag von 13 Mio. Franken, welcher per Ende 2003 auf 35,7 Mio. Franken angestiegen ist, müsste demnach spätestens im Jahr 2004 wieder vollständig abgeschrieben sein. Da die im Jahr 2003 in Kraft getretene Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer und der daraus resultierende Ertrag befristet und zweckgebunden für die Finanzierung der Verkehrsentslastungsprojekte Olten und Solothurn zu verwenden ist, kann die Abtragung des Bilanzfehlbetrages nicht in der vorgegebenen Frist erreicht werden. § 11 der Finanzhaushaltsverordnung wird folglich verletzt.

*) neue Bezeichnung gemäss WoV-Gesetz

Wir beantragen dem Regierungsrat und dem Kantonsrat, die vorliegende Staatsrechnung trotz diesen zwei Einschränkungen zu genehmigen.

2. Revisionen 2003

Nebst der Prüfung der Staatsrechnung hat die Finanzkontrolle im Laufe des Jahres 2003 die nachfolgenden Externen und Internen Revisionen durchgeführt.

Externe Revisionen	Interne Revisionen
<p>1.1 Staatsrechnung 2002</p> <p>1.2 Stiftungen und Anstalten mit direkter Finanzaufsicht der Finanzkommission *) Spitäler allgemein Bezirksspital Breitenbach Bürgerspital Solothurn Höhenklinik Allerheiligenberg Kantonsspital Olten Psychiatrische Dienste des Kantons Solothurn PD: Wohnheim und Beschäftigungsstätte Spital Dornach Spital Grenchen</p> <p>Berufliche Vorsorge des Regierungsrates Fachhochschule Olten, Abschlussrevision Fachhochschule Olten, Interne Revision GASS Aufgabenreform Soziale Sicherheit MFK Traffic-User-Club Schläfli-Fonds Solothurnische Gebäudeversicherung Solothurnische Gebäudeversicherung / IFA Ausbildungszentrum Stiftung Schloss Waldegg Strafanstalt Schöngrün Therapiezentrum im Schache</p> <p>1.3 Stiftungen mit Finanzkontrolle als Revisionsstelle A. Grütter-Schlatter-Stiftung Försterschule Lyss Hochschule Wädenswil Sol. Bürgerschaftsstiftung für das bäuerliche Heimwesen Sol. Landwirtschaftliche Kreditkasse Stiftung Dornacher Schlachtdenkmal</p>	<p>2.1 Ordentliche Revisionen Amt für Berufsbildung und -beratung, Landwirtschaftliche Schulen Amt für Berufsbildung und -beratung, Zeitzentrum Amt für Finanzen, Kredite Amt für Landwirtschaft, Wallierhof Amt für Militär und Zivilschutz, Kreisk. Zeugh. Wehrpflichtersatz Amt für Mittel- und Hochschulen Amt für Mittel- und Hochschulen, Hauswirtschaftskurse Amt für Umwelt Amt für Volksschule und Kindergarten, Logopädie & Legasthenietherapie Amt für Volksschule und Kindergarten, Sonderschulheime Amtschreiberei Thal-Gäu Bau- und Justizdepartement, Departementssekretariat Departement für Bildung und Kultur, Abt. Kirchenwesen Departement für Bildung und Kultur, Departementssekretariat Hochbauamt, Subventionierter Wohnungsbau Steueramt, Steuerbuchhaltung Steuerveranlagungen/Kontrollkonzept</p> <p>2.2 Baurevisionen Neubau N5, Birchitunnel Bauabrechnung Strassenbauprogramm 2002 Therapiezentrum im Schache, Bauabrechnung Unterhalt Nationalstrassen 2002 Belchentunnel, Instandsetzung Psychiatrische Klinik, Bauabrechnung</p> <p>2.3 Informatikrevisionen SAP Basis-Modul (Prüfung durch BDO-Visura) SAP Kreditorenprozess</p> <p>2.4 Projektrevisionen SAP Delphin, AFIN SAP Hochbauamt SAP Amt für Verkehr und Tiefbau Spitäler Naxos</p>

<p>Stiftung für Eidg. Zusammenarbeit Stiftung Schloss Wartenfels Zentralbibliothek Solothurn</p> <p>1.4 Bund</p> <p>Bundesamt für Strassenbau, Jahresrevisionsbericht Nationalstrassenunterhalt Betriebsabrechnung Stipendienabrechnung für Bund</p> <p>*) Finanzkontrolle ist auch Interne Revisionsstelle</p>	<p>Diverse Informatikprojekte</p> <p>2.5 Follow up versch. Revisionen, insbesondere</p> <p>Amt für Finanzen, Finanzausgleich und Statistik Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit, Asylwesen Amt für Volksschulen und Kindergarten Amt für Wirtschaft und Arbeit (1) Amt für Wirtschaft und Arbeit (2) Steueramt, Manuelles Buchen</p> <p>2.6 Verschiedene Aufträge</p> <p>Abschreibungsbegehren Amt für Verkehr und Tiefbau, Arbeitsvergaben Kunstbauten Amt für Verkehr und Tiefbau, Zahlungsverkehr Nationalstrassen Gesetz über WOV und Finanzkontrolle Wirtschaftlichkeitsrechnung für Investitionen (FIKO)</p>
--	--

Die Finanzkommission wurde laufend über die Ergebnisse dieser Revisionen mit den entsprechenden Revisionsberichten informiert. Zusätzlich wurden die Revisionsberichte auch der Geschäftsprüfungskommission zur Verfügung gestellt.

3. Beurteilung der finanziellen Lage

3.1 Staatsrechnung 2003

Mit dem erzielten operativen Ertragsüberschusses von 36,7 Mio. Franken kann erstmals nach 10 Jahren der bestehende Verlustvortrag von 671,3 Mio. Franken um 36,7 Mio. Franken abgetragen werden. Gleichzeitig und im gleichen Ausmasse nimmt die aus dem Verlustvortrag resultierende Ueberschuldung ab und beträgt Ende 2003 634,6 Mio. Franken (Vorjahr 671,3 Mio. Franken). Der erzielte Finanzierungsüberschuss von 24,7 Mio. Franken hat eine geringfügige Abnahme der Nettoschuld zur Folge. Diese beläuft sich auf 1'038,8 Mio. Franken (Vorjahr 1'063,5 Mio.) oder auf 4'170 Franken je Einwohner (Vorjahr 4'280 Franken).

Trotz der Abnahme der Nettoverschuldung um 24,7 Mio. Franken ist die finanzielle Lage des Kantons nach wie vor unbefriedigend. Durch den Umstand, dass verschiedene Kostensenkungsmassnahmen wieder durch gesetzlich notwendige Mehrausgaben oder Mindereinnahmen kompensiert wurden, konnte bis heute – mit Ausnahme der Abschreibung von 36,7 Mio. Franken im Berichtsjahr – weder das Ziel des Rechnungsausgleichs noch eine wirksame Abtragung des seit 1993 bestehenden Verlustvortrages erreicht werden. Gemäss den gesetzlichen Bestimmungen (Art. 130 Kantonsverfassung, § 6 und 19 der Finanzhaushaltverordnung) und dem Grundsatz des mittelfristigen Rechnungsausgleichs müsste die Abtragung des Verlustvortrages heute vollständig abgeschlossen sein.

3.2 Herstellung des Finanzhaushaltgleichgewichts

Mit den laufenden Sparpaketen sollen weitere, signifikante Sparmassnahmen für eine nachhaltige Sanierung des Finanzhaushaltes umgesetzt werden.

Im Zusammenhang mit der Herstellung des Finanzhaushaltgleichgewichts hat der Regierungsrat am 25. November 2003 (RRB Nr. 2155 und 2161) zwei essentielle, zukunftsweisende Vorlagen beschlossen und zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Die eine Vorlage umfasst die Einführung einer Defizit- und Steuererhöhungsbremse ab Voranschlag 2006. Damit soll vermieden werden, dass der Kanton in Zukunft wieder Defizite schreibt, die zu einer Erhöhung des Verlustvortrages führen. Die zweite Vorlage betrifft den Abbau des Verlustvortrages. Diese Vorlage sieht vor, den bestehenden Verlustvortrag per 31. Dezember 2005 und die damit verbundene Verschuldung innerhalb von 25 Jahren abzutragen.

Die Herstellung des Finanzhaushaltgleichgewichts ist nach wie vor das prioritäre Ziel. Die geltenden Rechtsgrundlagen inbezug auf die Verhinderung von Defiziten und die Abschreibung des Verlustvortrages haben sich nicht bewährt. Es sind wirksamere und verbindlichere Bestimmungen auf Verfassungsebene notwendig. Mit den vorgeschlagenen Massnahmen wird eine nachhaltige Sanierung der Kantonsfinanzen erreicht. Ein weiteres Ansteigen der Verschuldung kann damit verhindert und der Verlustvortrag und die damit verbundene Verschuldung beseitigt werden. Gleichzeitig wird der Handlungsspielraum zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben erweitert und die Uebertragung von übermässigen Schuldenlasten auf die künftige Generation verhindert.

3.3 Spezialfinanzierung Strassenbaufonds und Spitalbaufonds

Bei der Spezialfinanzierung Strassenbaufonds hat der im Jahre 1999 entstandene Verlustvortrag weiter zugenommen. Er ist um 2,3 Mio. auf 35,7 Mio. Franken angewachsen. Dieser Verlustvortrag muss durch zusätzlich generierten Ertragsüberschuss wieder abgetragen werden.

Beim Spitalbaufonds konnte der im gleichen Jahr entstandene Verlustvortrag vollständig abgebaut werden. Ende 2003 verfügt der Spitalbaufonds über ein Eigenkapital von 9.5 Mio. Franken.

Es obliegt dem Regierungsrat und dem Kantonsrat, die notwendigen Massnahmen zu beschliessen, welche für die Entlastung der Erfolgsrechnung und den Ausgleich des Strassenbaufonds sowie für die Abschreibung der entsprechenden Verlustvorträge notwendig sind.

Die Finanzkommission, der Regierungsrat und das Finanzdepartement werden mit einem ausführlichen Revisionsbericht über die Prüfung der Staatsrechnung 2003 orientiert.

Solothurn, 17. März 2004

Kantonale Finanzkontrolle

P. Hard
Chef

M. Oppliger
Leitender Revisor

9. Beschlussesentwurf

Staatsrechnung 2003

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Buchstabe c in Verbindung mit Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe c der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹, § 18 des Fachhochschulgesetzes des Kantons Solothurn vom 28. September 1997² und § 32 Absatz 4 der Verordnung über den Finanzhaushalt vom 21. Januar 1981³, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates zur Staatsrechnung 2003 vom 23. März 2004 (RRB Nr. 2004/641), nach Kenntnisnahme des Berichts der Finanzkontrolle vom 17. März 2004., beschliesst:

1. Die Staatsrechnung für das Jahr 2003 wird wie folgt genehmigt:

1.1 Erfolgsrechnung:

Aufwand (ohne Abschreibung Bilanzfehlbetrag)	Fr.	1'471'025'833.33
Ertrag	Fr.	<u>1'507'732'792.34</u>
Operativer Ertragsüberschuss	Fr.	<u>36'706'959.01</u>
Abschreibung Bilanzfehlbetrag	Fr.	<u>134'264'031.50</u>
Gesamter Aufwandüberschuss	Fr.	<u>97'557'072.49</u>

1.2 Investitionsrechnung:

Ausgaben	Fr.	179'175'476.04
Einnahmen	Fr.	<u>76'213'945.78</u>
Nettoinvestitionen	Fr.	<u>102'961'530.26</u>

1.3 **Finanzierungsüberschuss** Fr. 24'694'420.22

1.4 **Bilanz** mit einer Bilanzsumme von Fr. 1'670'815'868.82

2. Der gesamte Aufwandüberschuss von Fr. 97'557'072.49 wird dem Bilanzfehlbetrag zugewiesen.

3. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

3.1 Nettoinvestitionen im Betrag von Fr. 102'961'530.26 in der Bilanz aktiviert wurden;

3.2 die ordentlichen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen Fr. 29'832'385.31 betragen;

¹ BGS 111.1

² BGS 415.211

³ BGS 611.22

- 3.3 die Rückstellungen insgesamt um Fr. 44'408'271.-- zugenommen haben und sich per 31. Dezember 2003 auf Fr. 112'389'488.-- belaufen;
- 3.4 die Abschreibungen auf dem Bilanzfehlbetrag Fr. 134'264'031.50 betragen;
- 3.5 der Bilanzfehlbetrag im Jahr 2003 um Fr. 36'706'959.01 gesenkt werden konnte und per 31. Dezember 2003 mit Fr. 634'613'198.70 aufgeführt ist;
- 3.6 die Bürgschaften mit Fr. 21'202'560.-- ausgewiesen sind und die Garantie des Kantons, der Schulgemeinden und der Anschlussmitglieder für die statutarischen Leistungen der Kantonalen Pensionskasse Solothurn per Ende 2002 insgesamt 742,5 Mio Franken beträgt. Die Angaben zur Staatsgarantie für die Pensionskasse per 31. Dezember 2003 liegen zum Zeitpunkt dieser Berichterstattung noch nicht vor. Genaue Zahlen werden im Abschluss 2003 der Pensionskasse veröffentlicht.
- 4 Erfolgsrechnung und Bilanz der Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn, der Spitäler, des GASS (Gesetz Aufgabenreform soziale Sicherheit), des Wohnheims Wyssstei, der Beschäftigungsstätte Wyssstei sowie des MFK-User-Clubs per Ende 2003 werden genehmigt.

Solothurn,

IM NAMEN DES KANTONSRATES

Präsidentin:

Ratssekretär:

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Finanzdepartement

Amt für Finanzen (3)

Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentsdienste